

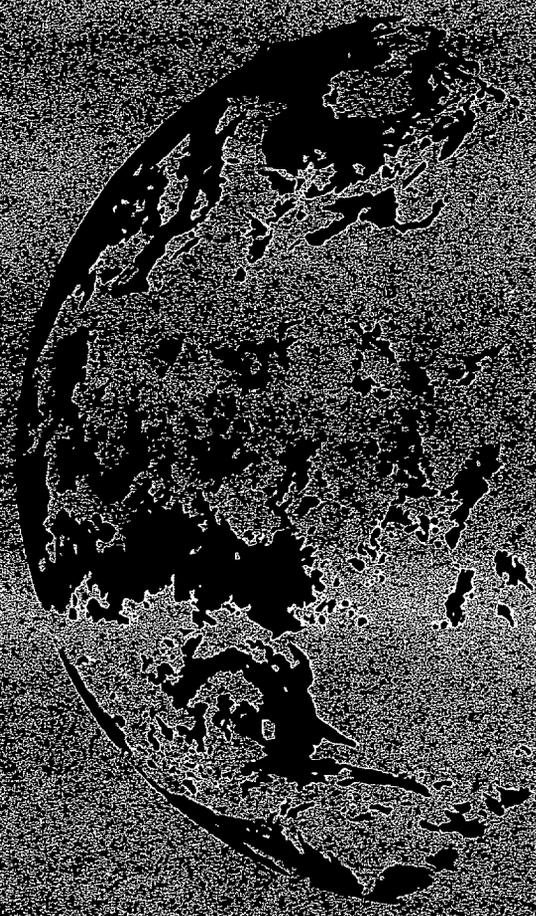
150953



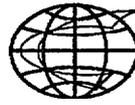
Internationale Zeitschrift für Staatliche Finanzkontrolle

Vierteljahresheft • Juli 1981

Vol. 18, No. 3



059181/150953



Internationale Zeitschrift für staatliche Finanzkontrolle

Vierteljahresheft • Juli 1991
Jahrgang 18, Nr. 3

© 1991 International Journal of Government Auditing, Inc.

Die Internationale Zeitschrift für staatliche Finanzkontrolle wird vierteljährlich (im Januar, April, Juli und Oktober) im Auftrag der Internationalen Organisation der Obersten Rechnungskontrollbehörden (INTOSAI) herausgegeben und erscheint in Arabisch, Deutsch, Englisch, Französisch und Spanisch. Sie ist das offizielle Organ der INTOSAI und soll mithelfen, Verfahren und Methoden der staatlichen Finanzkontrolle zu fördern. Die in ihr enthaltenen Stellungnahmen und Meinungen entsprechen den persönlichen Ansichten der Redakteure bzw. der Verfasser der einzelnen Beiträge, müssen sich aber nicht immer mit der offiziellen Meinung der Organisation decken.

Artikel, Fachbeiträge und sonstige Mitteilungen werden an die Redaktion (editorial offices, c/o US General Accounting Office, Room 7806, 441 G Street, NW, Washington D.C. 20548 USA) erbeten (Fernsprechanruf: 202-275-4707, Telefax: 202-275-4021).

Da diese Zeitschrift vor allem in den weniger entwickelten Ländern auch als Lehrmittel dient, finden vornehmlich praxisorientierte Beiträge über die Rechnungsprüfung im öffentlichen Bereich Berücksichtigung. Dazu gehören beispielsweise Fallstudien, Vorstellungen über neue Prüfungsmethoden oder detaillierte Darlegungen über Schulungsprogramme für Rechnungsprüfer. Auf überwiegend theoretisch orientierte Beiträge wird bewußt verzichtet.

Die Zeitschrift wird weltweit an die Leiter derjenigen Obersten Rechnungskontrollbehörden verteilt, die in der INTOSAI mitarbeiten. Sonstige Interessenten können sie für jährlich US \$ 5.00 abonnieren. Der Zahlungs- und Schriftverkehr für alle Ausgaben ist an die Geschäftsleitung (Administration Office) der Zeitschrift zu richten — P.O.Box 50009, Washington, D.C. 20004, USA.

Alle in dieser Zeitschrift erscheinenden Beiträge werden im Sachregister des vom American Institute of Certified Public Accountants herausgegebenen Accountants' Index und in den Management Contents bibliographisch erfaßt. Bestimmte Beiträge werden auszugswise auch durch die Anbar Management Services in Wembley, England, sowie von der University Microfilms International, Ann Arbor, Michigan, USA, veröffentlicht.

Inhalt

1	Leitartikel
2	Kurzmitteilungen
6	5. ASOSAI-Konferenz
10	Staatliche Datenbanken
13	Finanzkontrolle der Staatsschuld
17	Länderprofil-Belgien
20	Neuerscheinungen
22	INTOSAI Intern

Redaktionsbeirat

Dr. Tassilo Broesigke, Präsident, Rechnungshof, Österreich
L. Denis Desautels, Auditor General, Kanada
Hassine Cherif, Erster Präsident, Rechnungshof, Tunesien
Charles A. Bowsher, Comptroller General, Vereinigte Staaten
Jose Ramon Medina, Contralor General, Venezuela

Präsident der IZSF

Peter V. Aliferis (USA)

Chefredakteur

Donald R. Drach (USA)

Redakteurin

Linda L. Weeks (USA)

Redaktionelle Mitarbeiter / Außenredakteure

Hubert Weber (INTOSAI-Österreich)
Mark Hill (Kanada)
Egbert Kaltenbach (Bundesrepublik Deutschland)
Hisashi Okada (ASOSAI-Japan)
Luseane Sikalu (SPASAI-Tonga)
Sharma Ottley (CAROSAI-Trinidad und Tobago)
Abderrazak Smaoui (Tunesien)
Diane Reinke (USA)
Susana Gimón de Nevett (Venezuela)

Verwaltung

Sebrina Chase (USA)

Mitglieder des Präsidiums der INTOSAI

Heinz Günter Zavelberg, Präsident des Bundesrechnungshofes der Bundesrepublik Deutschland, Vorsitzender des Präsidiums der INTOSAI
John C. Taylor, Auditor General, Australien, Erster stellvertretender Vorsitzender des Präsidiums der INTOSAI
Charles A. Bowsher, Comptroller General, Vereinigte Staaten, Zweiter stellvertretender Vorsitzender des Präsidiums der INTOSAI
Tassilo Broesigke, Präsident des Rechnungshofes, Republik Österreich, Generalsekretär
Elias Soley, Contralor General, Republik Costa Rica
Esko Niskanen, Auditor General, Finnland
Istvan Hagelmayer, Präsident, Staatsrechnungshof, Ungarn
M. Jusuf, Chairman des Supreme Audit Board, Indonesien
David G. Njoroge, Controller und Auditor General, Kenia
Luz Aurea Saenz, Contralor General, Republik Peru
Eufemio Domingo, Chairman der Commission on Audit, Republik der Philippinen
M. Suleiman Abdalla Haggag, Auditor General, Sudan
Jocelyn Thompson, Auditor General, Trinidad und Tobago
Hassine Cherif, Erster Präsident, Rechnungshof, Tunesien

DATA BASE MODIFICATION REQUEST

Data Base:

- Document Inventory
 Restricted Records Mgmt.

Submitted by: Sean

Date: 3-11-94

ACCESSION NUMBER(S): 144581
150951
150946

TEMPORARY ACCESSION NUMBER(S): 052132
150951
150946

DOCUMENT DATE(S): 07/91
07/91
07/91

FIELD(S) TO BE MODIFIED: Descnote

MODIFICATION(S):

Refer to Accession Number 150953 for the German language edition of the July 1991 journal.

INTOSAI-Richtlinienausschüsse: Die Zusammenarbeit trägt Früchte

Eine vor kurzem in Brüssel abgehaltene Tagung des INTOSAI-Richtlinienausschusses für die externe Finanzkontrolle stellte einen Meilenstein für die INTOSAI dar und trug dazu bei, die Rahmenbedingungen für weitere Fortschritte in der wertvollen Tätigkeit der Erarbeitung von Richtlinien und Normen, die von den INTOSAI-Ausschüssen fortgesetzt wird, zu schaffen.

Während dieser Tagung erörterte der Ausschuß Möglichkeiten, die ursprünglichen Richtlinien, die 1989 in Berlin angenommen worden waren, zu erweitern, um den Erfordernissen und Interessen derjenigen ORKB, die als Gerichtshöfe organisiert sind, besser Rechnung zu tragen. Mit dem Abschluß der Tagung unter dem Vorsitz von John Taylor von Australien, wobei als Gastgeber Richard Leclercq von Belgien fungierte, hat der Ausschuß den ihm vom Kongreß in Berlin erteilten Auftrag, die Richtlinien zu erweitern, erfüllt.

Die erfolgreiche Tätigkeit des Richtlinien-Ausschusses für die externe Finanzkontrolle wurde durch die aktive Mitwirkung und das Engagement von Obersten Rechnungskontrollbehörden (ORKB) in der ganzen Welt ermöglicht. Alle ORKB werden ersucht, sich, während die anderen INTOSAI-Richtlinienausschüsse ihre Arbeit fortsetzen, im selben Ausmaß zu engagieren und mitzuwirken.

Derzeit besteht Gelegenheit zu sofortiger Mitarbeit, da die Vorsitzenden jedes der INTOSAI-Richtlinienausschüsse – für das Rechnungswesen, die interne Kontrolle, die externe Finanzkontrolle und eines neugegründeten Staatsschuldenunterausschuß – allen ORKB Exemplare der Arbeitsergebnisse ihres Ausschusses zu ihrer Information und zur Durchsicht übermitteln.

Der Richtlinienausschuß für das Rechnungswesen erarbeitete zum Beispiel drei Erklärungen, in denen Fragen betreffend die Erstellung der staatlichen Rechnungsabschlüsse und das Rechnungswesen behandelt werden, die für staatliche Rechnungsprüfer von Interesse sind. Diese Erklärungen werden derzeit in jede der fünf Amtssprachen der INTOSAI übersetzt und jede ORKB wird diese Dokumente in Kürze in der INTOSAI-Sprache ihrer Wahl zur Durchsicht und Stellungnahme erhalten. Der Ausschuß unter dem Vorsitz von L. Denis Desautels von Kanada wird die Stellungnahmen der ORKB dann analysieren, einarbeiten und ein endgültiges Dokument erstellen.

Ähnlich geht auch der Richtlinienausschuß für die interne Kontrolle vor. Das Dokument dieses Ausschusses "Entwurf - Richtlinien und Normen für die interne Kontrolle" wurde im März dieses Jahres als Arbeitspapier mit der Bitte, dem Ausschuß Stellungnahmen zu diesem Dokument zu übermitteln, an alle ORKB versandt. Bei Drucklegung der *Zeitschrift* hatten mehr als dreißig ORKB schriftliche Stellungnahmen

übermittelt, die der Ausschuß unter dem Vorsitz von Charles Bowsher von den Vereinigten Staaten derzeit analysiert und einarbeitet. Die endgültige Fassung verspricht ein Dokument zu werden, das den Erfordernissen und Interessen der INTOSAI-Mitglieder wahrhaft gerecht wird.

Auf der Grundlage der Empfehlungen des Kongresses von Berlin wurde ein Unterausschuß gegründet, der die Prüfung der öffentlichen Schulden behandeln soll. Der neue Staatsschuldenunterausschuß ist derzeit Teil des Richtlinienausschusses für die externe Finanzkontrolle und wurde im Prinzip vom Präsidium im Mai 1990 eingesetzt. Er nahm seine Arbeit dann im März 1991 auf, als Mexiko sich bereit erklärte, den Vorsitz im Unterausschuß zu übernehmen. Der Unterausschuß hat bereits damit begonnen, einen Entwurf seiner Aufgabenteilung auszuarbeiten und er machte eine Reihe konkreter Projekte und Studien ausfindig, die er durchführen könnte. Die Mitglieder der INTOSAI können damit rechnen, daß sie in den nächsten Monaten vom Vorsitzenden dieses Unterausschusses, Herrn Castillo von Mexiko, weitere Informationen erhalten werden.

Jeder dieser Ausschüsse befindet sich zwar in einer anderen Arbeitsphase, sie haben jedoch vieles gemeinsam. Jeder Ausschuß besteht aus INTOSAI-Mitgliedern, die alle Regionen der Welt, alle INTOSAI-Sprachen und alle bedeutenderen Finanzkontrollsysteme vertreten. Jeder Ausschuß arbeitet hart an der Erstellung von Dokumenten in Form von Richtlinien, Normen und Forschungsergebnissen, die für die Mitglieder außerordentlich nützlich sein werden. Die Auswirkungen der INTOSAI-Richtlinien sind tatsächlich bereits jetzt über die Grenzen der INTOSAI hinaus spürbar; der Board of Auditors der NATO (Rechnungsprüfungsausschuß der NATO) hat die Richtlinien vor kurzem in ihrer Gesamtheit als seine eigenen Richtlinien angenommen.

Außerdem wird die Arbeit jedes Ausschusses Diskussionsgrundlage während des XIV INCOSAI im Oktober 1992 in Washington sein, wenn alle Delegierten Gelegenheit haben werden, praxisbezogene Aspekte der Anwendung der Richtlinien zu erörtern. Man hofft auch, daß die Delegierten den Ausschüssen Vorschläge für weitere Arbeiten unterbreiten werden, wodurch die Ausschüsse noch dynamischer würden und den Erfordernissen der Mitglieder besser nachkommen könnten.

Schließlich ist allen Ausschüssen gemeinsam, daß sie auf die aktive Unterstützung und Mitwirkung aller ORKB angewiesen sind, um ihre Ziele zu erreichen. Die Mitwirkung der ORKB während des derzeitigen Verfahrens der Überarbeitung und der Stellungnahmen und in den Diskussionen während der Sitzungen des XIV INCOSAI wird den Ausschüssen Unterstützung bieten und schließlich zu Ergebnissen und Dokumenten führen, die für alle Mitglieder von Nutzen sind. ■

Kurzmitteilungen

Dominikanische Republik

Veröffentlichung des Jahresberichts

In seinem Jahresbericht über die Kontrolle des Rechnungswesens für 1990 widmet der Leiter der ORKB der Dominikanischen Republik ein Kapitel dem konfliktbeladenen Thema Staatsverschuldung. Er schreibt: "Ich muß neuerlich mit Nachdruck darauf verweisen, daß die vom Accountant General gegebene Erklärung zur Staatsverschuldung nur die nationalen Darlehen umfaßt und eine Reihe ausländischer Darlehen von Kreditorganisationen wie der Caribbean Development Bank, dem Sonderfond der OPEC, der Weltbank und des Internationalen Währungsfonds nicht beinhaltet. Folglich kann die Erklärung keineswegs als eine Gesamtdarstellung der Staatsverschuldung gesehen werden".

Der Bericht führt an, daß das Finanzministerium einen großen Schritt in Richtung einer Gesamterfassung der Staatsschulden getan hat, indem das Rechnungswesen bezüglich der Auslandsverschuldung automatisiert wurde. Das Prüfungsressort gibt seiner Hoffnung Ausdruck, daß künftige Erklärungen zur Staatsverschuldung sowohl diese Ziffern als auch die der Innenverschuldung beinhalten werden.

Der Bericht wiederholt neuerlich die Forderung nach einer verstärkten Unabhängigkeit des Prüfungsressorts, nach Verwaltungsreformen zur Modernisierung des Ressorts, nach verstärkter Aktivität des Komitees für staatliches Rechnungswesen sowie nach Unterstützung seitens der Regierung für die Mitgliedschaft in der Organisation der karibischen ORKB (CAROSAI).

Israel

Ehrung der Leiterin der ORKB

Anläßlich des Unabhängigkeitstages Israels wurde die Leiterin der ORKB, Frau Richter Miriam Ben-Porat, im April 1991 mit dem Preis Israels ausgezeichnet. Diese höchste Auszeichnung Israels wird jährlich an eine Reihe von Persönlichkeiten aus den verschiedensten Ressorts verliehen.

Das Richterkomitee, das ihre Auswahl verkündete, würdigte ihre Beiträge zum Wohle der Gesellschaft und des Staates wie folgt: „Ihre Persönlichkeit und ihre Handlungen zeigen eine seltene Verschmelzung von hoher Kenntnis des Rechtswesens, Autorität und Zivilcourage.“ Das Komitee bezeichnete sie als eine der Hauptstützen von Recht und Ordnung in Israel.

Richter Ben-Porat begann ihre Laufbahn im öffentlichen Dienst in der Staatsanwaltschaft und war später als Richter im Bezirksgericht Jerusalem tätig. In der Folge war sie zwölf Jahre lang Richter des Obersten Gerichts. Ihre juristische Laufbahn gipfelte in der Funktion der Vizepräsidentin des Obersten Gerichts.

Bei der Verleihung des Preises stellte das Komitee weiter fest, daß Frau Richter Ben-Porat während ihrer Tätigkeit als Leiterin der ORKB stets die Rolle der Gesetze, die moralische Integrität und die bürgerlichen Rechte hochgehalten habe.

Japan

Veröffentlichung des Jahresberichts

Die japanische ORKB übergab den Finanzbericht für das Jahr 1988 dem Kabinett und dieses legte den Bericht

dem Parlament vor. Der Bericht umfaßt die Ergebnisse der Kontrolle des staatlichen Rechnungswesens von 11 regierungsnahen Institutionen, von 84 staatlichen Unternehmen, von 18 Körperschaften, der japanischen Rundfunkgesellschaft sowie von 6 213 weiteren Organisationen, die entweder direkt oder indirekt seitens des Staates finanziert oder unterstützt werden.

Der Jahresbericht der ORKB deckt fünf Tätigkeitsbereiche ab: Jahresabschlußrechnung der staatlichen Einnahmen und Ausgaben; Gesetzes- und Normverletzungen; Angelegenheiten, zu denen die ORKB Stellung nahm und ein aktives Einschreiten gefordert hatte; Tätigkeiten und Verbesserungen die seitens der Behörde aufgrund der Empfehlungen der ORKB durchgeführt wurden; sowie Beurteilungen von Rechnungsprüfern.

Der Bericht erwähnt als Beispiel eine der Korrekturen, die die Regierung als Reaktion auf die Empfehlungen der ORKB durchführte. Es war dies eine 1987 dem Ministerium für Gesundheit und Sozialwesen gegebene Empfehlung bezüglich der Berichtigung eines Problems, daß dadurch entstand, daß Krankenhäuser mehr Finanzmittel beanspruchten, als ihnen zustanden. Als Reaktion darauf gab das Ministerium Verwaltungs-rundschreiben an alle Lokalregierungen heraus, in denen sie angewiesen werden, die Lenkung und Überwachung in Bezug auf Berechnungen der medizinischen Kosten zu verschärfen.

Der Bericht enthält außerdem zahlreiche Illustrationen, Tabellen und Fotografien, die zu einem besseren Verständnis der Prüfungsergebnisse beitragen. Die ORKB veröffentlicht eine Kurzfassung des Jahresberichts in englischer Sprache.

Kanada

Neuer Auditor General

Herr L. Denis Desautels, Mitglied des kanadischen Instituts der Wirtschaftsprüfer, wurde am 1. April 1991 zum Auditor General von Kanada bestellt. Er folgt in diesem Amt Herrn Kenneth M. Dye, dessen Amtszeit am 31. März endete. Herr Dye, der in INTOSAI-Kreisen wohlbekannt ist, ist nun Präsident und leitender Direktor der Arbeiterunfallversicherung der Provinz British-Columbia, Kanada.

Davor war Herr Desautels Teilnehmer und Regionalleiter von Caron Belanger Ernst & Young (früher Clarkson Gordon) in Montreal für die Provinz Quebec und Ottawa.



Hr. L. Denis Desautels

Er beendete 1964 die McGill - Universität und wurde 1966 Wirtschaftsprüfer mit dem Spezialgebiet „EDV-unterstützte Rechnungsprüfung“. Er hat an Universitäten und vor Berufsvereinigungen Vorträge zu dem Thema „Rechnungsprüfung mit Hilfe von Informationssystemen“ gehalten.

Er verfügt über lang zurückreichende Verbindungen mit der kanadischen ORKB. In den siebziger Jahren übte er zwei verschiedene Funktionen in der ORKB aus, eine davon als stellvertretender Auditor General mit dem Aufgabenbereich Rechnungsprüfung verschiedener staatlicher Gesellschaften. In den achtziger Jahren war er Mitglied der unabhängigen Begutachterkommission des Auditor General für die Richtlinien der staatlichen Rechnungs- und

Finanzkontrolle. Dann übte er die Funktion eines Beraters des Auditor General der Provinz Quebec aus.

Seit 1981 ist er Mitglied des Komitees für Rechnungslegung und Finanzkontrolle der öffentlichen Hand (Public Sector Accounting and Auditing Committee) des kanadischen Instituts der Wirtschaftsprüfer (Canadian Institute of Chartered Accountants) und in den Jahren 1984 und 1985 war er Vorsitzender dieses Komitees. Ferner ist er Mitglied der kanadischen Stiftung für Comprehensive Auditing und hielt Vorlesungen an der McGill-Universität und an der Universität Ottawa. Weiters bekleidet er die Funktion des Vorsitzenden des Prüfungsausschusses der „Ecole Nationale d'administration publique“.

Durch die Übernahme seiner neuen Funktion wird Herr Desautels Vorsitzender des Ausschusses der INTOSAI für Richtlinien für das Rechnungswesen und Präsident der INTOSAI-Entwicklungsinitiative (IDI).

Malta

Veröffentlichung des Jahresberichts

Der Bericht des Prüfungsdirektors über den Staatshaushalt 1989 wurde im Jänner 1991 veröffentlicht. In der Einleitung zum Jahresbericht erwähnt der Prüfungsdirektor von Malta, daß dieses Land beim XIII INCOSAI, der im Juni 1989 in Berlin stattgefunden hat, vertreten war und daß eine Kopie des Abschlußberichts des INCOSAI in Beantwortung einer parlamentarischen Anfrage dem House of Representatives 1990 übermittelt wurde.

In der Einleitung wird ferner das Problem behandelt, daß die ORKB nicht über eine ausreichende Anzahl qualifizierter Mitarbeiter verfüge. Mit der Feststellung: „Eine ORKB muß Mittel und Wege finden, um ihre Mitarbeiter, die über geeignete Qualifikationen für die erfolgreiche und wirksame Durchführung der erforderlichen Prüfungstätigkeiten verfügen, zu motivieren und zu halten“, wird der Bericht fortgesetzt und ferner festgehalten, daß die Arbeit der ORKB sich fast ausschließlich auf Rechts- und Ordnungsmäßigkeitsprüfungen beschränke, da für andere

Arten von Prüfungen ausgebildete Mitarbeiter fehlen. Darüberhinaus können auch die Prüfungen von automatisierten Systemen aus demselben Grund nicht durchgeführt werden.

Wie in der Vergangenheit fordert der Bericht die Gründung eines Rechnungsprüfungsausschusses. Mit Hilfe dieses Komitees könnte die staatliche Rechenschaftspflicht durch eine wirksame, parlamentarische Überprüfung der Regierung erhöht werden. Der Leiter der ORKB gibt seiner Genugtuung darüber Ausdruck, daß in kürzlich erfolgten Erklärungen der Regierung eine positive Haltung bezüglich der Gründung eines solchen Komitees festzustellen war.

Republik Jemen

Neuer Präsident der ORKB

Herr Ahmad Mohamed Al-Iryani wurde am 24. Juli 1990 vom Präsidialrat der Republik Jemen zum Leiter der ORKB bestellt. Herr Al-Iryani, Jahrgang 1945 und geboren in Iryan, Provinz IBB, ist Abgänger der Universität Kairo mit dem Grad eines B.Sc of Economics and Political Science. Im Laufe seiner Karriere im öffentlichen Dienst hat er zahlreiche leitende Positionen im Außenministerium bekleidet, die letzte davon als stellvertretender Minister.



Hr. Ahmad Mohamed Al-Iryani

Außer seiner früheren Funktion als Leiter der ORKB des Nordens (früher bekannt als die Arabische Republik Jemen) bekleidete er in jüngster Zeit die Funktion eines stellvertretenden Leiters

des jemenitischen Friedensvereinigungskomitees. Diesem Komitee gelang es erfolgreich, die Vereinigung des Nord- und Südjemen in eine Republik am 22. Mai 1990 durchzusetzen. Als Ergebnis dieses historischen Ereignisses wurden alle Ministerien und Regierungsressorts in einer Regierung vereint.

Bei Antritt der Präsidentschaft der ORKB des nunmehr vereinten Jemens erklärte Herr Al-Iryani als eines seiner Ziele die Entwicklung und verstärkte Durchführung von Wirtschaftlichkeitsprüfungen sowie die Festigung der Beziehungen mit anderen INTOSAI-Mitgliedern.

Sambia

Jahresbericht veröffentlicht

Wie in vorangegangenen Jahresberichten weist der Auditor General von Sambia auch in dem Bericht für das Jahr 1989 auf die vielen Schwachstellen der internen Kontrolle, belegt durch unrechtmäßige Verwendung von öffentlichen Geldern, Unregelmäßigkeiten bei der Rechnungslegung, nicht genehmigte und nicht bestätigte Ausgaben sowie nicht zurückerstattete Vorschüsse hin. Der Bericht hält fest, daß die Vorgangsweise, für Waren und Dienstleistungen im vorhinein zu bezahlen, nicht eingestellt wurde und zwar mit dem Ergebnis, daß viele Firmen und halbstaatliche Organisationen über beachtliche Geldsummen des Staates für Waren und Leistungen, die nicht erbracht wurden, verfügen. Frühere Prüfungsberichte führen diese und andere Probleme in der Haushalts- und Wirtschaftsführung auf die Tatsache zurück, daß die staatlichen Transaktionen bar durchgeführt werden.

Ferner wird über die gängige Praxis berichtet, gewisse Zahlungen in Fremdwährung zu leisten, und es wird mit Nachdruck darauf hingewiesen, daß solche Fremdwährungstransaktionen zu einer Schwächung der nationalen Währung führen und „von der Zentralbank und anderen Regierungsorganen offensichtlich nicht wirksam kontrolliert und überwacht werden“.

In der Übersicht über die Prüfungs-

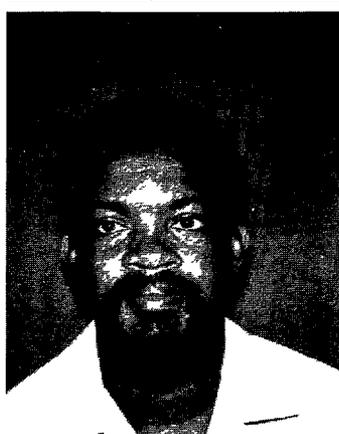
tätigkeit des Jahres vermerkt der Bericht, daß der Mangel an von ausreichend qualifizierten Mitarbeitern die Kontrolltätigkeit behinderte. Ähnlich verhielt sich die Sachlage bei staatseigenen Fahrzeugen, deren beschränkte Verfügbarkeit einige Überprüfungen, besonders bei Bau- und ländlichen Entwicklungsprojekten, unmöglich machte.

St. Kitts und Nevis

Neuer Leiter der ORKB

Herr Albert Edwards wurde am 1. Oktober 1990 zum Prüfungsdirektor von St. Kitts und Nevis bestellt. Herr Edwards verfügt über den Grad eines Bachelor of Commerce der Concordia Universität Montreal, Kanada, wo er sich auf Rechnungswesen spezialisierte. Im Zuge seiner Weiterbildung beschäftigte er sich auch eingehend mit Wirtschaftlichkeitsprüfungen.

Seit 1982 wirkte Herr Edwards bei der ORKB als Rechnungsprüfer. Davor war er im Staatsdienst als Ministerialdirektor im Ministerium für Verkehr und öffentliche Versorgungsbetriebe, als Leiter des Elektrizitätsressorts und als Direktor der kaufmännischen Abteilung und des Rechnungswesens der regierungseigenen Radio- und Fernsehstation tätig.



Hr. Albert Edwards

Bei Antritt seiner neuen Stellung bekräftigte Herr Edwards seinen Wunsch, die enge Zusammenarbeit mit Schwesterbehörden auf regionaler und

internationaler Ebene fortzusetzen.

Vereinigtes Königreich

Leiter der ORKB in den Ritterstand erhoben

Der Comptroller und Auditor General des Vereinten Königreichs, John Bourn, wurde von Königin Elisabeth II. anlässlich ihres Geburtstages in den Ritterstand erhoben. Sir John wurde zum Knight Commander des Order of the Bath ernannt, ein Orden der im Jahre 1725 gegründet wurde.

Seit seiner Ernennung zum Comptroller und Auditor General vor drei Jahren hat Sir John an vielen INTOSAI-Veranstaltungen teilgenommen. Er ist Mitglied des Präsidiums der Europäischen Organisation der ORKB (EUROSAI) und in der jüngsten Vergangenheit war er Gastgeber der XIV. Konferenz der Auditors Generals des Commonwealth (siehe Zeitschrift Jänner 1991). Neben seinen Pflichten als Comptroller und Auditor General ist Sir John auch Gastprofessor an der London School of Economics.

Nordatlantikpakt - Organisation (NATO)

Annahme der INTOSAI - Richtlinien für die Finanzkontrolle

Am 22. März 1991 nahm der Internationale Rechnungsprüfungsausschuß der NATO die Richtlinien für die Finanzkontrolle der INTOSAI, die beim XIII INCOSAI 1989 in Berlin genehmigt wurden, an. In der Stellungnahme des Rechnungsprüfungsausschusses zu den Richtlinien der Finanzkontrolle heißt es unter anderem: „Eine ausgezeichnete und umfassende Arbeitsunterlage für die Anhebung und Beibehaltung der Qualität der Kontrolltätigkeit des Rechnungsprüfungsausschusses insbesondere in Hinblick auf das Problem, das durch den ständigen Wechsel der Ausschußmitglieder und der Prüfungsbeamten gegeben ist“.

Der Ausschuß wurde am Beginn der fünfziger Jahre gegründet, als der Nordatlantikrat beschloß, eine allumfassende

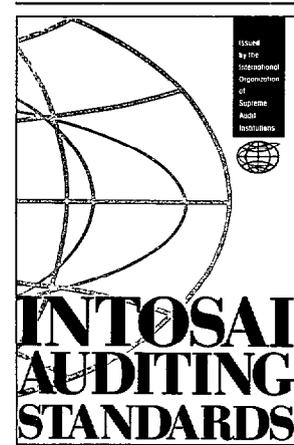
de, externe Kontrolle der jährlichen Rechnungsabschlüsse der NATO-Körperschaften sowie der Rechnungslegung in Verbindung mit den Infrastrukturtätigkeiten der NATO, die mit allgemeinen Geldern finanziert werden, einzurichten. Der Aufbau dieses Ausschusses wurde häufig verändert, letztmals 1990. Er besteht aus sechs Mitgliedern, die vom Rat aus Kandidaten ausgewählt werden, die von den sechzehn Mitgliedstaaten für eine Amtszeit von vier Jahren ernannt werden.

Leitende Beamte von ORKB werden häufig dem Rechnungsprüfungsausschuß zugeteilt. Derzeit gehören dem Ausschuß beispielsweise folgende ORKB-Mitglieder wie Herr Jérôme Van de Velde aus Belgien, erster Präsident des belgischen Rechnungshofes oder Herr Detlev Sparberg vom Bundesrechnungshof Deutschland, der

1989 leitender Kongreßdirektor des INTOSAI-Kongresses in Berlin war, an.

Der Ausschuß arbeitet auf kollegialer Basis, mit einem Vorsitzenden, der für zwei Jahre bestimmt wird. Der Rechnungsprüfungsausschuß wird von professionellen Rechnungsprüfern, derzeit aus neun verschiedenen Mitgliedsländern, die einander abwechseln, unterstützt. Der Ausschuß ist für die Rechnungsprüfung von Ausgaben in Höhe von 10 Milliarden US-Dollar verantwortlich. Das Mandat umfaßt Ordnungsmäßigkeits- und Wirtschaftlichkeitsprüfungen, sowie die Verpflichtung, die Rechnungsunterlagen der NATO-Körperschaften jährlich zu bestätigen sowie die Ausgaben für Infrastruktur zu bescheinigen.

Der Rechnungsprüfungsausschuß bekräftigt sein Interesse an der Arbeit der INTOSAI, speziell an der weiteren



INTOSAI Richtlinien für die Finanzkontrolle

Entwicklung von professionellen Richtlinien und Normen. Der Ausschuß wird die Arbeit der INTOSAI in Bezug auf die Finanzkontrolle des öffentlichen Sektors mit Aufmerksamkeit verfolgen. ■

Fortschritt in Einigkeit: Ein Bericht über die 5. ASOSAI-Konferenz

Von Herrn Lu Peijian, Leiter der Obersten Rechnungskontrollbehörde von China und Vorsitzender des Präsidiums der ASOSAI

Die 5. Versammlung und das 4. internationale ASOSAI-Seminar fanden vom 8. bis 14. Mai 1991 in Beijing, China, statt. Delegierte aus 22 Mitgliedsländern und Beobachter von anderen Ländern, internationalen Organisationen und INTOSAI-Funktionäre nahmen an Sitzungen teil, die sich die Förderung der weiteren Entwicklung des Rechnungskontrollsystems in der asiatischen und pazifischen Region und die Erleichterung der Zusammenarbeit zwischen Mitgliedsbehörden zum Ziel setzten.

Eröffnungsfeier

Im Laufe der Eröffnungsfeier nahmen hervorragende Redner zur Rolle der Finanzkontrolle im effizienten Ablauf der Regierungsgeschäfte Stellung und forderten die ASOSAI-Mitglieder auf, dieses Treffen als ein Forum zur Förderung des Berufszweiges zu benutzen. Herr M. Jusuf, Leiter der Obersten Rechnungskontrollbehörde von Indonesien, wies darauf hin, daß in Ländern, wo Fortschritte in der Entwicklung gemacht werden, auch die öffentlichen Ausgaben steigen. Er betonte, daß „es in einer derartigen Situation wichtig ist, über eine gute und geordnete Verwaltung der Staatsfinanzen, einen hochqualifizierten und disziplinierten Regierungsapparat sowie über eine Kontrolle und Rechnungsprüfung der Verwaltung der Staatsfinanzen und der Verantwortlichkeit hiefür zu verfügen.“



Tan Sri Bin Tadin, bisheriger Generalsekretär, gab einen Bericht über ASOSAI-Aktivitäten seit der letzten Generalversammlung.

„Wo Fortschritte erzielt werden, geht dies praktisch Hand in Hand mit höheren öffentlichen Ausgaben. Es ist wichtig, über eine gute und geordnete Verwaltung der Staatsfinanzen sowie über eine Kontrolle und Rechnungsprüfung der Verwaltung der Staatsfinanzen und der Verantwortlichkeit hiefür zu verfügen.“

— General Mohammed Jusuf, Leiter der Badan Pemneriksa Keuangan, Indonesien

Aufbauend auf diesem Thema, erinnerte Herr Wu Xueqian, Vize-Premier des Staatsrats der Volksrepublik China, die Delegierten daran, daß „die Stärkung der staatlichen Aufsicht durch die Rechnungsprüfung eine bedeutende Rolle in der Aufrechterhaltung der normalen Wirtschaftsordnung, der rationellen und effizienten Nutzung sozialer Ressourcen und der öffentlichen Gelder spielen kann“.

Dr. Zavelberg, Vorsitzender des Präsidiums der INTOSAI, führte zu diesem Thema weiter aus, daß „nur eine starke Rechnungskontrollbehörde – gleich ob sie dem Parlament, dem Staatsoberhaupt oder einer anderen obersten Behörde untersteht – imstande ist, Gewißheit zu vermitteln sowie Informationen und Ratschläge zu erteilen, wie Regierungs- und andere öffentliche Stellen mit öffentlichen Geldern und Ressourcen umgehen sollten. Das bloße Vorhandensein einer Rechnungskontrollbehörde übt eine disziplinierende Wirkung auf Verwaltungsstellen aus“. Er betonte auch, daß Zusammenkünfte wie die ASOSAI-Konferenz wichtig sind, weil „Rechnungskontrollbehörden sich nicht mit einmaligen Resultaten zufriedengeben sollten. Finanzkontrolle ist nicht statisch und Flexibilität ist unbedingt erforderlich ... Die Ausarbeitung einer modernen Finanzkontrollmethode ist keine einmalige Angelegenheit, sondern eine ständige Aufgabe und Verantwortung“.

Im Anschluß an die Eröffnungsfeier widmeten die Delegierten auf Vorschlag des ASOSAI-Präsidiums und im Einklang mit den ASOSAI-Statuten ihre Zeit den Diskussionen über das Seminarthema „Die Rolle der Obersten Rechnungskontrollbehörden bei der Förderung effizienter Handhabung öffentlicher Finanzen und Investitionen“ und den Sitzungen über Verfahrens- und Organisationsfragen. Der

grundlegende Zweck der einwöchigen Aktivitäten war der Austausch von Erfahrungen und Ideen zur Förderung des gegenseitigen Verständnisses und der Zusammenarbeit. Die daraus resultierende „Erklärung von Beijing“ wird zweifellos zu einer wichtigen Richtlinie für die zukünftige Finanzkontrollarbeit der Obersten Rechnungskontrollbehörden werden.

„Die Stärkung der staatlichen Aufsicht durch Finanzkontrolle kann in der Aufrechterhaltung einer normalen Wirtschaftsordnung, der rationellen Nutzung der sozialen Ressourcen und der effizienten Nutzung öffentlicher Gelder eine bedeutende Rolle spielen.“

— Herr Wu Xueqian, Vize-Premier des Staatsrats

Die Entstehung der Erklärung von Beijing

Das Thema „Die Rolle der Obersten Rechnungskontrollbehörden bei der Förderung der effizienten Handhabung von öffentlichen Finanzen und Investitionen“ wurde in drei Unterthemen unterteilt. In lebhaften Diskussionen der Unterthemen, die die Verschiedenheit der Rollen und Funktionen der teilnehmenden Obersten Rechnungskontrollbehörden widerspiegeln, wurden folgende Fragen untersucht:

- I. Auftrag, Strategien und Methoden zur Verbesserung der öffentlichen Haushalts- und Wirtschaftsführung,
- II. Rechnungskontrolle öffentlicher Investitionen und
- III. Rechnungskontrolle von Finanzinstituten und Versicherungsgesellschaften.

Die Delegierten begannen mit einer Erörterung der Empfehlungen eines vom 4. bis 13. März 1991 in Tokio abgehaltenen ASOSAI-Workshops. Teilnehmer dieses Workshops hatten Vorschläge, die von verschiedenen Ländern zu jedem dieser Unterthemen eingereicht worden waren, durchgearbeitet und Empfehlungen ausgearbeitet, die auf dem Treffen in Beijing in Betracht gezogen werden konnten. Durch Diskussionen wurden diese Empfehlungen erläutert, weiter entwickelt und ausgefeilt und trugen so zur Formulierung der „Erklärung von Beijing“ bei.

Die „Erklärung von Beijing“ erkennt an, daß sich die einzelnen Obersten Rechnungskontrollbehörden stark nach Verantwortung, Aufgaben und Befugnissen unterscheiden und geht dann dazu über, einige grundlegende gemeinsame Prinzipien herauszustellen, auf deren Grundlage die Richtlinien aufgebaut wurden:

- die wachsende Beteiligung von Regierungen an wirtschaftlichen, entwicklungsmaßige und unternehmerischen Aktivitäten aller Mitgliedsländer;
- die wachsende Forderung nach effizienterer und wirkungsvollerer Verwaltung der Ressourcen der öffentlichen Hand;

- die Tatsache, daß eine effiziente und wirkungsvolle Verwaltung der Ressourcen der öffentlichen Hand in erster Linie von vernünftigen Haushalts- und Wirtschaftsführungsmethoden und -praktiken, sowie von umfassenden Berichts- und Rechenschaftsverfahren abhängt;
- daß Mitglieder von ASOSAI eine aktive und einflußreiche Rolle bei der Förderung einer besseren Verwaltung der öffentlichen Finanzen und Investitionen spielen sollten, indem sie ihren Regierungen empfehlen, wirkungsvollere Methoden der Haushalts- und Wirtschaftsführung und der Berichterstattung einzuführen, und indem sie innerhalb der Obersten Rechnungskontrollbehörden das Potential entwickeln, wirkungsvollere Ordnungs- und Rechtmäßigkeits- sowie Wirtschaftlichkeitsprüfungen der finanziellen Aktivitäten der öffentlichen Hand durchzuführen, um festzustellen, wo Verbesserungen vorgenommen werden können.

Die von einer aus Vertretern Australiens, Chinas, Indiens, Japans, Malaysias und Sri Lankas bestehende Arbeitsgruppe in ihrer endgültigen Form ausgearbeiteten Richtlinien wurden am Ende der Sitzungen einstimmig angenommen. Die 48 Abschnitte der „Erklärung von Beijing“ beziehen sich im besonderen auf die Rechenschaftspflicht, die Prüfungs-kompetenzen, den Umfang der Finanzkontrolle, auf Strategien und Methoden, Personal- und Ausbildungsfragen, computer-gestützte Rechnungskontrollmethoden und die Finanzkontrolle im Computerzeitalter. Bei der Abschlußfeier bemerkte Herr Omar Fakieh, Staatsminister und Leiter der Obersten Rechnungskontrollbehörde von Saudi Arabien, daß die Erklärung eine solide Grundlage abgebe, auf der Verbesserungen der Finanzkontrolle und der Haushalts- und Wirtschaftsführungsmethoden aufgebaut werden können, und daß das daraus resultierende höhere Leistungsniveau der Zusammenarbeit und dem Engagement der Delegierten dieser ASOSAI-Versammlung zu verdanken sei.



Von links nach rechts: Herr Kiyoshi Nakamura, der neue ASOSAI-Generalsekretär und Herr Lu Peijian, der neue Vorsitzende des Präsidiums der ASOSAI, die den Vorsitz über die Plenarsitzung führten, auf welcher die Erklärung von Beijing angenommen wurde. Sie wurden unterstützt von Frau Zheng Li, die den Posten des Sekretärs für die Versammlung innehatte.

Seit der vorhergegangenen Versammlung erreichte Fortschritte

Im Jahr 1979 schlossen sich neun Länder zur regionalen ASOSAI-Arbeitsgruppe zusammen. Inzwischen ist ASOSAI erheblich angewachsen und hat zur Unterstützung ihrer Mitglieder viele Programme und Aktivitäten organisiert.

Während der 5. Versammlung berichtete Generalsekretär Tan Sri Ishak Bin Tadin, der Leiter der Obersten Rechnungskontrollbehörde von Malaysia, über die Fortschritte, die von ASOSAI seit der letzten Versammlung – die vor drei Jahren in Bali, Indonesien abgehalten wurde – erzielt wurden. Er erwähnte, daß die ASOSAI-Zeitschrift für internationale Finanzkontrolle jedes Jahr regelmäßig erschienen ist, und daß das Protokoll der 1988 abgehaltenen 4. Versammlung und des 3. internationalen Seminars herausgegeben wurde. Er stellte ASOSAI's fortlaufendes Engagement für die Weiterbildung lobend heraus und erwähnte die 18 ASOSAI-Ausbildungsprogramme der letzten Zeit als Beispiel für die Zusammenarbeit unter den Mitgliedsländern und internationalen Organisationen - ein Lob, das auch Richard Gagné noch einmal aussprach, als er über ASOSAI's Teilnahme an der INTOSAI-Entwicklungsinitiative sprach. Auch die Forschungsprogramme der ASOSAI wurden lobend erwähnt. Das erste Projekt, das sich mit der Verantwortlichkeit und Kontrolle von öffentlichen Unternehmen befaßte, wurde bereits fertiggestellt und seine Resultate bekanntgegeben. Am zweiten Projekt über finanzielle Rechenschaftspflicht und Management in Regierungsbehörden wird noch gearbeitet.

„Die Ausarbeitung einer modernen Finanzkontrollmethode ist keine einmalige Angelegenheit, sondern eine ständige Aufgabe und Verantwortung.“

— Dr. Heinz Zavelberg, Vorsitzender des Präsidiums der INTOSAI— Dr. Heinz Zavelberg, Vorsitzender des Präsidiums der INTOSAI

Ein ebenfalls wichtiger Teil der Tagesordnung bezog sich auf die Diskussion der Zukunftspläne. Traditionsgemäß trat Herr Jusuf, der Gastgeber der vorangegangenen Versammlung, zurück und übergab den Vorsitz an Herrn Lu Peijian, den Gastgeber der gegenwärtigen Versammlung. Herr Lu wird in den nächsten drei Jahren den Vorsitz von ASOSAI führen. In Anbetracht der Tatsache, daß Malaysia seit der Gründung von ASOSAI den Generalsekretär gestellt hatte, schlug der Generalsekretär vor, daß die Mitglieder ein anderes Land für diesen Posten benennen sollten. Obwohl sie sich einig waren, daß Malaysia die laufenden Aktivitäten von ASOSAI glänzend bewältigt hatte, gaben die Delegierten diesem Anliegen statt und entschieden, diese Rolle Japan zu übertragen. Für den Rest der Versammlung übernahm dann Herr Nakamura, der Leiter der japanischen Obersten Rechnungskontrollbehörde, die Funktion des Generalsekretärs.

Als weiterer Punkt der Tagesordnung bot sich Indien als

dieses Angebot wurde einstimmig angenommen. Mitglieder des Präsidiums wurden gewählt. Die für den Zeitraum von 1991 bis 1994 im Präsidium vertretenen Länder sind Indien, Indonesien, Korea, Saudi Arabien und Sri Lanka, wobei China den Vorsitz führen wird und Japan den Generalsekretär stellt.

Sonderprogramme

Die von der Regierung und der Rechnungskontrollbehörde während dieser ganzen arbeitsreichen Woche gezeigte Gastfreundschaft war außerordentlich. Delegationsleiter trafen sich mit Herrn Li Peng, dem Vorsitzenden des Staatsrats, im großen Saal der Volksrepublik China. Bei dieser Gelegenheit sprach dieser ausführlich über die Wichtigkeit der Finanzkontrolle für den ordentlichen Ablauf der Regierungsgeschäfte. Frau Chen Mu Hua, Vize-Vorsitzende des Ständigen Komitees des nationalen Volkskongresses, gab einen Empfang und ein Abendessen an einem der Abende, und Herr Chen Xi Tong, Bürgermeister von Beijing, lud die Delegierten ebenfalls zu einem Empfang und einem Abendessen ein. Außerdem standen Mitarbeiter der Rechnungskontrollbehörde ständig zur Verfügung, um den Delegierten und ihren Begleitern behilflich zu sein.

Mehrere Sonderprogramme gaben den Delegierten und ihren Begleitpersonen Gelegenheit, mehr über die Geschichte, Kultur und Traditionen Chinas zu erfahren. An einem Abend wurden Musik- und Tanzdarbietungen aus allen Teilen Chinas geboten, die eine Vorstellung von der Verschiedenartigkeit der Traditionen der einzelnen Volksgruppen gaben. Besuche des Sommerpalasts, des Palastmuseums, der Ming-Gräber, der Chinesischen Mauer und anderer Sehenswürdigkeiten ermöglichten es den Teilnehmern, mehr über die lange Geschichte dieses Landes zu erfahren.

Teilnehmer an der 5. ASOSAI-Versammlung und dem 4. internationalen ASOSAI-Seminar

Delegierte von:

Australien	Malaysia
Brunei Darussalam	Nepal
China	Pakistan
Indien	Papua Neu-Guinea
Indonesien	Philippinen
Irak	Republik Korea
Israel	Saudi Arabien
Japan	Sri Lanka
Jemen	Thailand
Jordanien	Vereinigte Arabische Emirate
Kuwait	Zypern

Beobachter:

Asiatische Entwicklungsbank
Hongkong
Japan International Cooperation Agency
Weltbank
INTOSAI: der Vorsitzende des Präsidiums der INTOSAI und Vertreter des Generalsekretärs, der INTOSAI-Entwicklungsinitiative und der Internationalen Zeitschrift für staatliche Finanzkontrolle

In seiner Eröffnungsansprache hatte Herr Lu Peijian die Delegierten daran erinnert, daß „die Obersten Rechnungskontrollbehörden die Aufgabe haben, den Einsatz der öffentlichen Finanzen und Investitionen zu beaufsichtigen, und daß es für sie außerordentlich wichtig ist, den internationalen Austausch und die Zusammenarbeit zu fördern, um gegenseitig aus ihren guten Erfahrungen zu lernen und damit ihre Aufgabe besser zu erfüllen“. Bei der Abschlußfeier nahm er diesen Gedanken noch einmal auf und gelobte, „die Zusammenarbeit unter den ASOSAI-Mitgliedsländern zu fördern und einen Beitrag zum Austausch von Finanzkontrollmethoden und -erfahrungen zu liefern, um das professionelle Niveau der Finanzkontrolle in vielen Ländern und den Wohlstand von asiatischen Volkswirtschaften zu heben“.

Die technischen Diskussionen, die Veröffentlichung der „Erklärung von Beijing“ und die informellen Treffen, die stattgefunden haben, sind ein Beweis dafür, daß schon ein sehr guter Anfang in dieser Richtung gemacht worden ist. Große Fortschritte zur Erreichung dieses Zieles wurden auch bei diesen Begegnungen im Mai 1991 gemacht, und die Zukunft verspricht den ASOSAI-Mitgliedern noch weitere Vorteile.



Bei einem informellen Treffen nehmen der Vorsitzende Herr Lu Peijian und Generalsekretär Nakamura die Gelegenheit zu einem Gedankenaustausch wahr. ■

Die Qualität der Informationen in den staatlichen Datenbanken

Von Peter Nilsson, Prüfungsgebietsleiter, Oberste Rechnungskontrollbehörde, Schweden

Einleitung

Elektronische Datenbanken spielen in Schweden eine große Rolle in der staatlichen Verwaltung und bei der Entscheidungsfindung. In vielen Fällen ist den staatlichen Behörden jedoch die Fehleranfälligkeit dieser EDV-gestützten Informationen nicht bewußt, was sich nachteilig auf die Tätigkeiten dieser Behörden auswirken und in vielen Fällen auch schwerwiegende finanzielle Folgen nach sich ziehen kann.

So können etwa ungenaue Datenbankinformationen in der sozialen Wohlfahrt für falsche Entscheidungen über Umfang oder Art der Dienstleistungen bzw. über die Höhe der Auszahlungsbeträge verantwortlich sein. Entscheidungen, die sich auf fehlerhafte Daten begründen, können auch zu anderen schlechten Ergebnissen führen und das Vertrauen der Öffentlichkeit in die Tätigkeit des Staates auf lange Sicht schädigen.

Riksrevisionsverket, die schwedische ORKB, überprüfte kürzlich aus diesen Gründen die Vorgangsweise der einzelnen Behörden im Zusammenhang mit der Qualitätssicherung von Informationen. Der vorliegende Artikel beschreibt die Ergebnisse dieser Prüfung durch Riksrevisionsverket, die in einem Bericht mit dem Titel „Genaue Daten?“ zusammengefaßt worden sind.

Prüfungsmethode

Riksrevisionsverket entschloß sich zu einer den gesamten staatlichen Bereich umfassenden Querschnittsprüfung, ohne auf die Probleme der einzelnen Behörden im Detail einzugehen. Ziel dieser Vorgangsweise war ein für alle staatlichen Behörden anwendbarer Maßnahmenkatalog.

Vor Einsetzen der eigentlichen Prüfung wurde ein genauer Ansatz für die richtige Vorgangsweise ausgearbeitet. Wir stellten uns zuerst die folgenden Fragen:

„Wie sieht Riksrevisionsverket die Qualität von Informationen?“

„Wie definieren wir den hohen Qualitätsmaßstab bei Informationen?“

Die Antworten auf diese Fragen bildeten die Grundlage für die nachfolgende Prüfungstätigkeit.

Nach Ansicht von Riksrevisionsverket muß die entsprechende Informationsqualität möglichst kostengünstig erreicht werden. Die entsprechende Qualität ist abhängig von den Erfordernissen des Einsatzzweckes, der durch die Datenbank

unterstützt wird und es ist daher nicht unbedingt erforderlich, unter allen Umständen die bestmögliche Qualität von Informationen anzustreben. Das optimale Qualitätsausmaß stellt einen Kompromiß dar zwischen den Erfordernissen des jeweiligen Einsatzzweckes und den Kosten für die Erreichung eines bestimmten Qualitätsniveaus. Für die einzelnen Tätigkeitsbereiche und Organisationsstrukturen sollen Richtlinien festgelegt werden, um das richtige Qualitätsausmaß der Daten sicherzustellen.

Benutzeranforderungen

Die Informationserfordernisse der Anwender sind für die Art und die Qualität der benötigten Informationen ausschlaggebend. Regierungsstellen benötigen bestimmte Informationen für die Gestaltung und Durchführung ihrer Programme. Um diesen Erfordernissen zu entsprechen, definiert der Anwender das Qualitätserfordernis seiner Informationen gegenüber demjenigen, der die Daten erstellt, das heißt dem Verwalter der Datenbank oder der Registeraufsicht. Anwender auf verschiedenen Gebieten haben möglicherweise verschiedene Qualitätsanforderungen an die gleiche Datenbasis. Es müssen daher der Zweck und der Anwender der Informationen klar sein.

Nach der Definition der Anforderungen des Anwenders hat der, der die Daten erstellt, seinerseits festzulegen, welche Informationen von demjenigen, der die Daten sammelt, bereitgestellt werden müssen. Der Datenfluß geht dann von demjenigen, der die Daten sammelt, über den, der sie erstellt, zu jenem, der sie anwendet.

Es müssen auch bestimmte Erfordernisse erfüllt werden, um die Qualität der zur Verfügung stehenden Informationen überprüfen zu können. Der, der die Daten erstellt, muß über bestimmte Qualitätsmaßstäbe verfügen, um dem Anwender einen Vergleich zwischen seinem Qualitätserfordernis und der Qualität der verfügbaren Informationen zu ermöglichen.

Qualitätsmängel können auf folgende Probleme zurückzuführen sein: nicht sorgfältig erhobene Daten; unvollständige Informationen; veraltete Informationen; nicht zutreffende Daten.

Strukturelle Voraussetzungen für Qualitätsinformationen

Bereits im Entwurfsstadium sollte auf strukturelle Voraussetzungen für die Erreichung der richtigen Qualität der Informationen Rücksicht genommen werden. Rück-

meldungen, Anreize und Verantwortlichkeit sind drei wichtige Faktoren, die dazu beitragen können, eine entsprechende Qualität zu erreichen.

Rückmeldung bedeutet, daß Informationen an eine Person zurückfließen, die das Qualitätsniveau der Informationen anpassen kann. Wenn in der Praxis Rückmeldungen reibungslos ablaufen sollen, müssen Anreize geschaffen werden, die denjenigen, der an der Quelle der Informationen sitzt, ermutigen, richtige Informationen bereitzustellen. Die Verantwortlichkeit für die Qualität muß ebenfalls genau festgelegt sein.

Bemerkungen und Folgerungen

Unsere Auswertungen haben offengelegt, daß es bei der Erhaltung einer zufriedenstellenden Informationsqualität in den Dienststellen zu generellen Unzulänglichkeiten kommt. Wir fanden heraus, daß die Dienststellen zahlreichen grundsätzlichen Fragen nicht genügend Aufmerksamkeit gewidmet haben, wie dies im folgenden erläutert wird.

Unzulängliche Risikoanalyse der Datenbasis

Ein Beispiel ist das Lehrerregister, das vom statistischen Amt Schwedens verwaltet wird. Statistische Auswertungen aus dieser Datenbasis werden herangezogen, um jenen Betrag an staatlichen Zuschüssen zu errechnen, der den Kommunen zur Finanzierung der Lehrergehälter bezahlt wird. Riksrevisionsverket stellte fest, daß diese Statistiken bei Lehrergehältern systematisch niedrige Wertansätze auswiesen, was zu Überzahlungen von Zuschüssen an die lokalen Verwaltungen führte.

Probleme treten auch dann auf, wenn Informationen für andere als die ursprünglich geplanten Zwecke verwendet werden. Ein Beispiel ist das Arbeitsplatzvermittlungssystem der Arbeitsmarktverwaltung. Die Arbeitsmarktverwaltung benützt dieses System, um Statistiken über die Anzahl von Bewerbern für einen Arbeitsplatz zu erstellen, das System wird aber auch vom Arbeitslosenunterstützungsfonds verwendet, um Arbeitslosenunterstützungsgelder auszuzahlen. Oft sind die Informationen in der Datenbank nicht auf dem neuesten Stand, sodaß schließlich Personen, die nicht mehr arbeitslos sind, weiterhin Arbeitslosenunterstützungsgelder vom Arbeitslosenunterstützungsfonds beziehen. Dieses Problem wurde häufig beobachtet, teils weil verschiedene Anwender dieselben Daten unterschiedlich interpretierten, teils weil Irrtümer, die für den ursprünglichen Verwendungszweck der Daten akzeptierbar waren, nicht mehr hingenommen werden können, wenn die Daten für einen anderen Zweck verwendet werden. Was für den einen Anwender eine annehmbare Qualität bedeutet, ist für den anderen nicht unbedingt akzeptabel.

Schlecht definierter Zweck

Eine andere, immer wiederkehrende Beobachtung besteht darin, daß der Zweck, für den bestimmte Informationen gesammelt werden, nicht ausreichend definiert ist.

Die von Riksrevisionsverket erstellte Analyse über das Materialabrechnungssystem („TOR-L“) im Verteidigungsbereich illustriert dies. So stellte Riksrevisionsverket fest, daß Unzulänglichkeiten in der Qualität der Informationen bei „TOR-L“ dadurch bedingt waren, daß es keine allgemein akzeptierte Zielvorgabe für dieses Abrechnungssystem gab und dem Informationsbedarf der Anwender nicht Rechnung getragen wurde. Der Umstand, daß nicht allgemein festgelegt war, was als Materialknappheit zu definieren war, führte zu einer unzulänglichen Steuerung der Materialbestände innerhalb der Heeresverwaltung.

Das Fehlen von Verfahren bei Auftreten von fehlerhaften Daten

Es wurde festgestellt, daß Verwalter von Datenbanken häufig keine Fehlerstatistiken erstellen oder Fehleranalysen durchführen. Sie wußten somit über die Art des aufgetretenen Fehlers nicht Bescheid und konnten über Details betreffend die Qualität der Informationen, die sie erstellten, keine Auskunft geben. Der Anwender hat in der Praxis wenig Chancen, die Qualität der Informationen, auf Grund derer Entscheidungen getroffen werden, zu beurteilen.

Nicht entsprechende strukturelle Vorbedingungen

Es wurde festgestellt, daß die Rückkoppelung nicht immer reibungslos funktionierte, speziell zu denjenigen, die die Daten lieferten. Der Sinn der Rückkoppelung besteht darin, die verschiedenen Beteiligten über die Qualität der Informationen zu informieren, Richtlinien festzulegen und Anforderungen zu erstellen, um eine entsprechende Datenqualität zu erreichen.

Die andere Art der Rückkoppelung, das heißt vom Anwender zum Ersteller der Daten, tritt häufiger auf. Wir stellten beispielsweise fest, daß die Verfahren der Datensammlung oft diskutiert werden. Die Qualität der Daten in Hinblick auf die darin enthaltene Anzahl und Art der Fehler wird selten überprüft. Als Folge hiervon gibt es keine speziellen Maßstäbe, die der Ersteller der Daten anzuwenden hat.

Es wurde auch beobachtet, daß die Verantwortlichkeit für die Datenqualität selten festgehalten wird, und in der Folge möglicherweise Unklarheit besteht, wo die Verantwortlichkeit für die Datenqualität liegt.

Ein anderes Problem tritt auf, wenn örtliche Behörden, Bezirksbehörden, Dienststellen der Zentralregierung oder private Organisationen an dasselbe Informationssystem angeschlossen sind. In diesem Fall gibt es oft weder eine Gesamtverantwortlichkeit für die Datenqualität, noch eine entsprechend definierte Verantwortlichkeitsgrenze der verschiedenen, eingebundenen Teilnehmer.

Mehrfache Bearbeitung und mangelhafte Koordinierung der Daten

Während viele Behörden die gleiche Art von Informationen sammeln und anwenden, beobachteten wir Mängel bei der gegenseitigen Abstimmung zwischen diesen Behörden mit

dem Ergebnis unnötiger Sammlung, Speicherung und Verarbeitung von Daten.

Als Beispiel seien die Daten über Verkehrsunfälle angeführt, die sowohl von der nationalen Straßenverwaltung als auch von der Polizei gesammelt werden. Zwar wird das gleiche Formular zur Datenerhebung verwendet, die Daten werden jedoch in zwei verschiedene Datenverarbeitungssysteme eingegeben und so gespeichert.

„In vielen Fällen waren sich die Anwender nicht einmal der Tatsache bewußt, daß sie fragwürdige Informationen verwendeten.“

Vorschläge für Regierungsbehörden

Als Ergebnis unserer Auswertung schlugen wir mehrere Maßnahmen vor, mit der Absicht, zwei Hauptziele zu erreichen: Die Schaffung erstens einer operationellen Schnittstelle zwischen den betroffenen Beteiligten und zweitens der für die Erzielung und Aufrechterhaltung einer entsprechenden Datenqualität für die jeweiligen Aktivitäten erforderlichen Voraussetzungen.

Die meisten unserer Vorschläge wurden an die Behörde für Verwaltungsentwicklung gerichtet, die für die Unterstützung anderer Behörden auf dem Gebiet der elektronischen Datenverarbeitung zuständig ist.

Unser Hauptvorschlag besteht darin, daß es ein standardisiertes Modell zur Beschreibung der Datenqualität geben sollte. Dieses Modell sollte den Zweck des Informationssystems, genaue Definitionen der Begriffe, Angaben über den erfaßten Bereich, die Genauigkeit, die Relevanz und den veranschlagten Zeitrahmen für die Verwendung der Daten enthalten. Dies wird zukünftigen Erstellern und Anwendern vorgegeben werden.

Der zweite Vorschlag geht dahin, daß Vereinbarungen zwischen denjenigen, die die Daten sammeln und denjenigen, die sie erstellen, sowie denjenigen, die sie erstellen und denjenigen, die sie anwenden, mit dem Zweck getroffen werden, die Verantwortlichkeit für die Datenqualität eindeutig festzulegen.

Ein weiteres Ziel besteht darin, die Voraussetzungen für die Verbesserung der Informationsqualität zu schaffen. Unserer Meinung nach gibt es vier wichtige Vorbedingungen für die Qualitätsverbesserung.

Die erste besteht in der Erarbeitung von Informationsstrategien für solche Aktivitäten, an denen mehrere Behörden mitwirken beziehungsweise die spezielle Gebiete umfassen. Jede Behörde, die EDV-Daten herstellt oder anwendet, sollte sicherstellen, daß Informationsstrategien für den eigenen Tätigkeitsbereich entwickelt werden. Es ist gleichermaßen wichtig, daß einheitliche Strategien mit anderen Behörden für gemeinsame spezielle Gebiete geschaffen werden. Die Behörde für Verwaltungsentwicklung wird die Aufgabe haben, Methoden und Verfahren zur Entwicklung von Informationsstrategien zu erstellen und den Behörden Unterstützung zu leisten.

Zweitens sollten alle Behörden, die EDV-Daten erstellen oder anwenden, Risikoanalysen durchführen, um das für ihre jeweilige Tätigkeit erforderliche Niveau an Datenqualität festzusetzen.

Drittens sollte die Behörde für Verwaltungsentwicklung Methoden und Techniken dokumentieren, um eine entsprechende Informationsqualität sicherzustellen. Die Behörde für Verwaltungsentwicklung sollte auch in Zusammenarbeit mit dem nationalen Schulungsinstitut für öffentlich Bedienstete Kurse veranstalten und Informationen aussenden, mit deren Hilfe die Behörden ein entsprechendes Niveau an Datenqualität erreichen und halten können.

Die vierte und letzte Voraussetzung für die Erstellung von Daten mit einem entsprechenden Qualitätsniveau besteht darin, daß Qualitätsaspekte bereits im Planungs- und Entwicklungsstadium der Informationssysteme in Betracht gezogen werden sollten.

Anmerkung der Redaktion: Weitere Informationen über die Arbeit von Riksrevisionsverket auf dem Gebiet der Informationsqualität sind über Herrn Peter Nilsson (Project leader) oder Herrn Bjorn Undall (Head of IT Auditing) bei Riksrevisionsverket, Postfach 34105, S-10026 Stockholm, Schweden, erhältlich. ■

Die Herausforderung, die die Finanzkontrolle der Staatsschuld darstellt

Von Javier Castillo Ayala, Auditor General von Mexiko

Anmerkung der Redaktion: Dieser Artikel basiert auf einer Rede, die Herr Castillo am 8. April 1991 anlässlich einer internationalen, von der Organisation der ORKB für Lateinamerika und der Karibik (OLACEFS), mitveranstalteten Konferenz hielt. Herr Castillo ist Vorsitzender des INTOSAI-Unterausschusses für die Finanzkontrolle der Staatsschuld.

Zu dem Thema "Finanzkontrolle der Staatsschuld" gibt es bereits umfangreiche Literatur, doch muß mit Bedauern festgestellt werden, daß noch ein weiter Weg zurückzulegen ist, um diesen wichtigen und umfangreichen Arbeitsbereich abzudecken.

Die zweite Hälfte der achtziger Jahre war gekennzeichnet von dem steigenden Bewußtsein bezüglich der sich herauskristallisierenden Unausgewogenheit der wirtschaftlichen Strukturen in den meisten Entwicklungsländern. Dramatische Umwälzungen auf dem Gebiet des Handels und des Finanzwesens, einschließlich eines erhöhten Konkurrenzkampfes und einer erhöhten Vielschichtigkeit an technischen Entwicklungen, ließen nun die Verwundbarkeit der Wirtschaftsstrukturen in diesen Ländern deutlich werden.

Am Beginn der neunziger Jahre ist dieses wirtschaftliche Ungleichgewicht durch eine übermäßige Staatsverschuldung charakterisiert. Die schweren Probleme hinsichtlich der Staatsverschuldung, mit denen zahlreiche Länder zu kämpfen haben, verstärkt die Verletzlichkeit der finanziellen Strukturen der Entwicklungsländer noch weiter und verhindert die Aufrechterhaltung ausgeglichener wirtschaftlicher Beziehungen mit anderen Ländern, sowie ein Wirtschaftswachstum im Lande selbst. Ferner führten die Strukturbereinigungsprogramme, die angewendet wurden, um die strukturelle Unausgeglichenheit zu verbessern und um das Wirtschaftswachstum anzuregen, zu einer Senkung des Lebensstandards der Bevölkerung.

Für die überhöhte Verschuldung sind sowohl die Schuldner als auch die Gläubigerländer verantwortlich. So legten in vielen Fällen die Entwicklungsländer bei dem Versuch, bessere wirtschaftliche Bedingungen zu erreichen, die geliehenen Mittel in schlecht geplanten Projekten an. Aber gleichzeitig sind die beinahe ungestümen Versuche der Gläubiger festzustellen, für die am internationalen Kapitalmarkt im Überschuß vorhandenen Mittel Darlehensnehmer zu finden. Die aktuelle Situation ist daher ein kombinierte Effekt

resultierend aus Gläubigern, die bezüglich der Auswahl der Empfänger der Darlehen nicht allzu kritisch vorgegangen sind und aus Schuldnern, die nur allzusehr darauf bedacht waren, zusätzliche Mittel für sich zu sichern. So wurden aus diesen ursprünglich als Unterstützung und Förderung der wirtschaftlichen Entwicklung gedachten Mitteln innerhalb weniger Jahre eine unentbehrliche Hilfe für die Wirtschaftsstrukturen dieser Länder.

Notwendigkeit für aufeinander abgestimmte, politische Bemühungen

Es besteht weitgehende Übereinstimmung darüber, daß der einzig gangbare Weg, um diese Schwierigkeiten in den Griff zu bekommen, darin besteht, ernsthaft aufeinander abgestimmte Handlungen zu setzen, wobei anerkannt werden muß, daß die Entwicklungsländer ihre überhöhten Auslandsschulden nur dann zurückzahlen können, wenn sie über die Möglichkeiten für ein Wirtschaftswachstum verfügen. Bei der Formulierung der Umschichtung der Auslandsverschuldung Mexikos erklärte Präsident Salinas: "Mexiko hat bereits weitreichende Schritte zur Finanzsanierung gesetzt, die darauf abzielen, die Wirtschaft zu stabilisieren und neuerlich ein Wachstum herbeizuführen, mit dem Hauptaugenmerk auf der Korrektur der Unausgeglichenheiten und mit dem Ziel, unsere wirtschaftlichen, politischen und sozialen Strukturen zu modernisieren, um so die Bedingungen für ein andauerndes Wachstum ohne Inflation zu schaffen. Ferner führte er zu dem Thema weiter aus, daß Mexiko seine Wirtschaft der internationalen Konkurrenz geöffnet und die Industrie und den Export angekurbelt habe, aber daß über all diesem die bedrückend hohe Verschuldung laste und sich als Hindernis für die Modernisierung des Landes auswirke.

"Das Ziel der Kontrolle der Staatsverschuldung liegt nicht nur in einer Überwachung der Verwaltung der Schuldenlast an sich, sondern soll die negativen Auswirkungen für künftige Generationen möglichst gering halten, sodaß diese nicht an demselben Joch zu tragen haben wie unsere Generation, nämlich dem Fehlen eines sozialen Wohlstands."

Beschränkungen der gängigen Kontrollmaßnahmen

Die ORKB stimmen weitgehend darüber überein, daß sich die Kontrolle der Staatsverschuldung nicht länger auf Ordnungsmäßigkeitsprüfungen beschränken darf, sondern auf Basis weitergehender Wirtschaftlichkeitsprüfungen erfolgen soll.

Die bisher gesetzten Maßnahmen zur Kontrolle der Staatsverschuldung waren unzureichend und deckten nur Teilgebiete ab. Eine große Anzahl von Methoden, Maßnahmen und Techniken befaßten sich häufig nur mit speziellen Aspekten des Problems und behinderten uns bei der Entwicklung einer allumfassenden Vorgangsweise. Wir sahen sozusagen den Wald vor lauter Bäumen nicht.

Weise wäre es, kurzfristig innezuhalten und ganz objektiv und rational mit Kollegen auf regionaler und internationaler Basis das bisher Erreichte zu überdenken. Es muß eindeutig festgestellt werden, daß eine gemeinsame Verantwortung unserer Organisationen für die Finanzkontrolle der Staatsverschuldung besteht, und zwar in einer Art und Weise, die den Anforderungen der Weltwirtschaft und speziell unseren Verpflichtungen gegenüber unserer Bevölkerung zur Erreichung eines Wohlstandes gerecht wird.

Diese Überlegungen müssen zu einer aktiven und wirkamen Beteiligung im Rahmen der regionalen und internationalen Organisationen führen und sobald wie möglich einen Konsens darüber ermöglichen, was unter der Kontrolle der Staatsverschuldung verstanden wird. Die Folgen der Finanzkrise und der exzessiven Verschuldung haben bisher noch zu keinem zufriedenstellenden Meinungsaustausch unter den einzelnen ORKB geführt, der darauf ausgerichtet gewesen wäre, spezielle Konzepte, Kriterien, Richtlinien und Methoden festzulegen.

In der Folge möchte ich nun einige der Herausforderungen, die diese Aufgabe an uns stellt, aufzeigen und festhalten, welche von ihnen für Entwicklungsländer und sogar für einige Industrieländer, die eine wesentlich besser entwickelte Finanzkontrolle besitzen, auf einen gemeinsamen Nenner gebracht werden können.

Herausforderungen an die ORKB

Als ersten Schritt - schlage ich vor - sollten wir all diese Probleme überdenken und versuchen, Übereinstimmung darüber zu finden, was in der Zukunft unter dem Begriff "Kontrolle der Staatsschuld" verstanden werden soll. Wir müssen den Aufgabenrahmen abstecken und ferner die tatsächlichen Hindernisse, die dabei auftreten, aufzeigen. Die Finanzprüfung darf nicht länger auf Angelegenheiten beschränkt sein, die mit einem gewissen Zeitpunkt oder mit dem laufenden Haushalt eines speziellen Finanzjahres limitiert sind. Wir als Prüfungsbeamte müssen vielmehr die wirtschaftlichen und finanziellen Zusammenhänge, die zur Eingehung der Schuld führten, untersuchen.

Ein zweiter Punkt betrifft die Frage, welche Datengrundlagen einer Prüfung unterliegen können. Traditionell

umfaßt die Grundinformation einen Rechenschaftsbericht der Einnahmen und Ausgaben für den Zeitraum eines Jahres und einen Haushaltsbericht, der Teil des Rechnungsabschlusses der Regierung ist oder anderenfalls einen Rechenschaftsbericht der konsolidierten Staatsschuld und einen Finanzbericht der verschiedenen Regierungsbehörden oder öffentlichen Unternehmen. Eine Finanzkontrolle, die sich nur auf die oben angeführten Aspekte beschränkt, entspricht nicht länger den Anforderungen.

Um die Staatsschuld effizient kontrollieren zu können, ist die Erstellung umfassender Finanzberichte, verbunden mit den sachlich entsprechenden Haushaltsvoranschlägen oder Rechnungsabschlüssen zu demselben Sachthema, erforderlich. Wie Herr Bowsher vom General Accounting Office der Vereinigten Staaten von Amerika treffend feststellte, müssen wir alle erdenklichen Anstrengungen unternehmen, um die Regierungen zu ermutigen, entsprechende Finanzberichte bezüglich der öffentlichen Verwaltung im allgemeinen und Aufzeichnungen über die Staatsschulden im speziellen, zu erstellen. Haushalts- oder Rechenschaftsberichte sind traditionell nur reine Eingangswerte, die in die Finanzberichte aufgenommen werden und sind keineswegs immer entsprechend miteinander verbunden oder aufeinander abgestimmt.

Hinzu kommt, daß – sollte dieses Problem nicht gelöst werden – es unmöglich sein wird, den zukünftigen Verlauf der Staatsschuld wirksam einzuschätzen, speziell in Bezug auf den Außensektor und hinsichtlich weiterer Finanz- und Währungsschwankungen.

Obwohl Finanzberichte über die Staatsschuld in relativ kurzer Zeit erstellt werden können, ist der Institutionalisierung und Systematisierung ein scheinbar langwieriges und arbeitsintensives Unternehmen. Obwohl diese Aufgabe die Mitarbeit der Beamten der ORKB erforderlich macht, liegt doch die Hauptverantwortung für deren Ausführung bei den Beamten der nationalen Regierungen und schließt alle Behörden und Ressorts des öffentlichen Sektors ein.

Da es die Parlamente der einzelnen Staaten sind, die den Umfang und die Höchstgrenzen der Verschuldung beschließen und verabschieden, und zwar jeweils für ein Finanzjahr, konnte die Diskussion innerhalb der ORKB, ob eine Finanzkontrolle während des Verschuldungsvorgangs erfolgen sollte, nicht sehr erfolgreich sein. Wenn die "ex-post" Bewertung oder die "a posteriori" Prüfung in einem entsprechenden Ausmaß und rechtzeitig ausgeführt worden wären, hätte dennoch ein Informationsstand erreicht werden können, der Parlamentsbeschlüsse sowie das Setzen von Plafonds und Grenzen ermöglicht hätte. Auf diese Weise wäre den Umwälzungen, die sich durch die angesammelte Schuldenlast ergaben, sowie der makroökonomischen Situation Rechnung getragen worden.

Schließlich muß die Tatsache berücksichtigt werden, daß die Finanzkontrolle der Staatsschuld nicht nur deren Verwaltung oder Rechenschaftslegung sowie deren Bedingungen und Laufzeiten, sondern auch deren Auswirkungen auf die wirtschaftlichen Faktoren in den Ländern sowie auf deren Zahlungsbilanz oder Währungssituation umfassen muß. Die

Finanzkontrolle sollte auch die von der vollziehenden Gewalt im Staat (Exekutive) eingerichteten Kontrollmechanismen umfassen, deren Aufgabe es ist, selbst oder mittels Regierungsbehörden die Aktivitäten der Ministerien oder Staatssekretariate, die für die Überwachungsaufgaben verantwortlich sind, zu überwachen.

Zukünftige Aufgaben der ORKB

In diesem Zusammenhang und im Hinblick auf die kommenden Herausforderungen sollten die ORKB die folgenden Punkte beachten:

- Sind die gesetzlichen Befugnisse der ORKB ausreichend und geeignet um eine Finanzkontrolle in diesem Ausmaße durchzuführen? Sollte dies nicht der Fall sein, wäre es angezeigt, einen gesetzlichen Rahmen zu schaffen, der die ORKB der einzelnen Länder mit den erforderlichen Befugnissen ausstatten würde, um derartige weitreichende Kontrollen der Staatsschulden durchzuführen.
- Welche Unterlagen und Normen wären erforderlich, um derartige umfassende Prüfungen der Staatsschulden durchführen zu können? Wir müssen die herkömmlichen Begriffe der Ordnungs- und Rechtsmäßigkeitprüfungen wesentlich erweitern. Unser Ziel liegt darin, rein wirtschaftlich die vielen Wechselwirkungen und mannigfaltigen Auswirkungen auf die Staatsschuld abzuschätzen, um so dem Parlament für seine Meinungsbildung nützliche Vorschläge unterbreiten zu können.
- Internationale Finanzorgane und sogar Privatbanken haben Maßnahmen ausgearbeitet und entwickelt, um die Grenzen der Verschuldbarkeit einzuschätzen, in manchen Fällen erfolgte dies sogar bereits in den sechziger Jahren. Zahlreiche, unterschiedliche Begrenzungen sowie Mittel und Wege der Festlegung der Verschuldenskapazität der einzelnen Länder wurden festgelegt. Sie waren jedoch nicht geeignet, um die exzessive Verschuldung, die von den Entwicklungsländern oder sogar einigen hochindustrialisierten Ländern eingegangen wurde, zu verhindern oder zu verringern. Es würde nun einen rein theoretischen Vorgang darstellen, wenn man weiterhin Grenzen für die Verschuldbarkeit innerhalb der Vorgaben für die Prüfung der Verschuldung festlegen würde, wenn bereits ganz unzweifelhaft eine exzessive Verschuldung besteht.
- Der Bereich der Kontrolle der Staatsschuld muß dahingehend erweitert werden, daß nicht nur die Verschuldung für die einzelnen Finanzjahre mit ihren verschiedenen Aspekten (wie Herkunft und Zweckbindung von Geldern, Bedingungen, Laufzeiten, Rentabilität der Projekte etc.), sondern auch der Schuldentilgungsdienst im Rahmen der üblichen Bedingungen abgedeckt werden. Sodann kann die Schuldenlast mit dem tatsächlichen staatlichen Defizit, den Währungsvariablen und der Zahlungsbilanz in Verbindung gebracht werden.
- Ferner muß genau definiert werden, was unter der Suche nach Wirksamkeit und Wirtschaftlichkeit bei der Verwaltung der Staatsschuld verstanden wird; dies nicht nur

wegen der Bedeutung für den Schuldner, sondern auch wegen der Bedingungen, die vom Gläubiger oder den Gläubigern festgesetzt wurden. In diesem Zusammenhang möchte ich folgendes Beispiel heranziehen: Da der Staat die Kosten der Verschuldung tragen muß, wird ein übertriebener Finanzzwischenhandel bei Regierungsdarlehen oder die Annahme von mehr oder weniger umfangreichen Konditionen, die den Schuldensverwaltern in jedem einzelnen Land auferlegt werden, in jedem Fall Auswirkungen auf die Wirksamkeit und Wirtschaftlichkeit der öffentlichen Mittel haben.

- Wir müssen Maßnahmen ergreifen, um einen genauen Informationsfluß im Zusammenhang mit der Staatsschuld zu gewährleisten, um so sicherzugehen, daß verschiedene Berichte, die von den einzelnen Behörden der Regierungen ausgearbeitet werden, immer übereinstimmen, um so eine gerechte Einschätzung der Höhe der Staatsschuld zu gewährleisten. Im Zusammenhang mit diesen Rechnungsagenden müssen wir danach streben, die Vereinbarkeit zwischen den Defiziten der laufenden Abrechnung der Zahlungsbilanz und des Defizits des öffentlichen Sektors klarzustellen, und zwar in Bezug auf den Nettoanstieg der Schuld und des Saldos, die in dem zu prüfenden Finanzbericht enthalten sind.
- In Bezug auf die Schuldenlast sollten die ORKB auf der Ebene jeder einzelnen Behörde oder jedes einzelnen Ressorts den Zusammenhang zwischen den Bedingungen der Darlehen und der Laufzeit der durch sie zu finanzierenden Investitionen sorgfältig prüfen, um so Diskrepanzen zwischen den Fälligkeiten und der Beschaffung von Mitteln zu vermeiden. Die von der Regierung an private Organisationen gegebenen Sicherstellungen und Garantien müssen ebenfalls bestimmt werden. Extreme Vorsicht ist bei der Durchführung dieser Überprüfungen geboten, um Einmischungen in politische Entscheidungen, die klar in den Zuständigkeitsbereich der Regierungen fallen, zu vermeiden.
- In jenen Fällen, in denen die Regierung Dank ihrer Verfügungsgewalt in außergewöhnlichen Fällen die Befugnis hat, zusätzliche, für die Tilgung erforderliche Summen ohne vorherige Zustimmung der legislativen Gewalt freizugeben, ist es erforderlich, die Rolle festzulegen, die der ORKB bei der fachlichen Definition dessen, was als "außerordentliche wirtschaftliche Umstände" akzeptiert werden kann, übertragen werden soll. Anderenfalls würden die Schwierigkeiten bei der Finanzkontrolle enorm steigen.

Schlußbemerkungen

Diesen Überlegungen lag das Bemühen zugrunde, aufzuzeigen, daß an uns Prüfer im Zusammenhang mit der Staatsschuld große Herausforderungen gestellt werden. Wir müssen dieses Problem nun in Angriff nehmen. Diese Aufgabe ist so schwierig, daß die INTOSAI innerhalb ihres Richtlinienausschusses für die externe Finanzkontrolle einen Staatsschuldenunterausschuß eingesetzt hat. Das Ziel dieses Unterausschusses, dessen Vorsitzender zu sein ich die Ehre

habe, besteht in einer Systematisierung all dieser Initiativen und in einer Integration der Meinungen der ORKB.

Die Organisation der Obersten Kontrollbehörden Lateinamerikas und der Karibik (OLACEFS) hat ähnliche Schritte gesetzt, was als unmittelbarer Präzedenzfall in Bezug auf die Infrastruktur betrachtet werden kann, mit dem Ziel, eine weit-

reichende Finanzkontrolle der Staatsschuld zu erreichen.

Wir glauben, daß diese Tätigkeit, die auch eine grundsätzliche Hilfe für die Modernisierung unserer wirtschaftlichen Strukturen bedeutet, einen zwingenden Faktor der sozialen Verantwortung, die unsere Regierungen zum Wohle der Bevölkerung ihrer Länder eingegangen sind, darstellt. ■

Länderprofil

Geschichtliche Entwicklung

In Belgien besteht seit 1830, dem Jahr der Erlangung der Unabhängigkeit des Landes, ein „Cour des comptes“ (Rechnungshof). Es gab jedoch schon seit viel längerer Zeit Kontrollbehörden für die staatlichen Finanzen in den Regionen, die das heutige Belgien bilden.

Die erste Kontrollbehörde geht auf das Jahr 1385 zurück. Der Herzog von Burgund, Philipp der Kühne, der Graf von Flandern geworden war, gründete in Lille eine „chambre du conseil“ (Ratskammer) mit gerichtlichen und finanziellen Befugnissen, deren Gerichtsbarkeit sich auf alle Besitzungen des Herzogs außerhalb von Burgund erstreckte. Diesem Beispiel folgte der Herzog von Brabant, Anton von Burgund, der zu Beginn des XV. Jahrhunderts eine „chambre des comptes“ (Rechnungskammer) einrichtete. Sie hatte ihren Sitz in Vilvorde bei Brüssel und ihre Gerichtsbarkeit wurde bald von Herzog Philipp dem Guten auf Holland, Seeland, Friesland und Luxemburg ausgeweitet. Die Kammer von Lille wurde 1667 nach der Eroberung der Stadt durch Ludwig XIV. nach Brügge und dann nach Brüssel verlegt, wo sie 1725 mit der Rechnungskammer von Brabant zusammengelegt wurde.

Nachdem die belgischen Provinzen Ende des XVIII. Jahrhunderts zu Frankreich gekommen waren, waren für sie die in diesem Land eingerichteten Finanzbehörden zuständig, nämlich eine „commission de comptabilité“ (Kammer für Rechnungswesen) und dann ab 1807 ein „cour des comptes“



Cour des Comptes, Belgien

(Rechnungshof). Im Jahre 1814 wurden die belgischen Provinzen in das Königreich der Niederlande eingegliedert, dessen politisches Regime ziemlich autoritär war. Es gab zwar eine „chambre des comptes“, ihre Befugnisse waren jedoch beschränkt, und sie verfügte nicht über die erforderliche Unabhängigkeit vom König und von der Regierung. Deshalb waren die neuen Machthaber unmittelbar nach der Revolution von 1830 und der Abtrennung Belgiens von den Niederlanden bestrebt, eine echte Kontrolle der staatlichen Finanzen einzuführen. Ein „Cour des comptes“ wurde bereits im Dezember 1830 gegründet und nahm seine Arbeit im Januar 1831 auf, noch bevor die Ausarbeitung der Verfassung des neuen Staates abgeschlossen war. Die Verfassung bestätigt das Bestehen des „Cour des comptes“, der 1846 durch ein Gesetz neu organisiert wurde, das – abgesehen von der Abänderung einiger Punkte – noch immer in Kraft ist.

Aufbau

Der „Cour des comptes“ besteht aus 12 Mitgliedern, nämlich 2 Präsidenten (von denen der ranghöhere den Titel „premier président“ (Erster Präsident) führt), 8 conseillers (Ministerialräte) und 2 Protokollführern (von denen der ranghöhere „greffier en chef“ (Chefprotokollführer) genannt wird). Sie sind alle vollkommen unabhängig von der vollziehenden Gewalt. Sie werden von einer der gesetzgebenden Kammern, der Abgeordnetenkammer, gewählt und können nur von ihr abberufen werden. Ihre Amtszeit beträgt sechs Jahre, wobei ihre Wiederwahl ohne andere Einschränkung als die des Pensionsalters (70 Jahre) zulässig ist.

Der „Cour des comptes“ wird von zwei Kammern, einer französischsprachigen und einer flämischsprachigen, gebildet. Jeder Fall, der eine Schwierigkeit aufweist, wird von der zuständigen Kammer untersucht, die selbst entscheidet oder den Fall an die Generalversammlung des „Cour des comptes“ verweist. Die Generalversammlung ist auf jeden Fall für eine Reihe von Aufgaben wie die Beurteilung der Haushaltsrechnung, Urteile über Kassenbeamte, die Erstellung des „cahier d'observations“ (Liste der Prüfungsbemerkungen), die Führung der Zweitausfertigung des Hauptbuches der Staatsschuld und des Pensionsregisters zuständig.

Der „Cour des comptes“ wird von zahlreichen Mitarbeitern, nämlich ungefähr 350 Beamten (ohne Berücksichtigung des Verwaltungspersonals), unterstützt. Diese führen erste Erhebungen betreffend die anhängigen Fälle durch, lösen den Großteil der Probleme und befassen den „Cour des comptes“ nur mit den heiklen Fällen.

Tätigkeit

Der „Cour des comptes“ besitzt gerichtliche Befugnisse, ist für Verwaltungsaufgaben zuständig und erfüllt einen Informationsauftrag.

1. Die gerichtlichen Befugnisse (auf diese Befugnisse ist die Bezeichnung „cour“ (Gerichtshof) zurückzuführen) werden vor allem gegenüber den öffentlichen Kassenbeamten (mit Ausnahme derjenigen der Gemeinden) und den Anordnungsbefugten ausgeübt.

Der Kassenbeamte (es handelt sich hier um eine Funktion und nicht um einen Dienstgrad in der Verwaltung) ist der Beamte, dessen Haupttätigkeit darin besteht, die staatlichen Gelder zu verwalten, indem er sie einhebt oder ausgibt. Jeder Kassenbeamte legt dem „Cour des comptes“ jährlich, sowie bei seinem Ausscheiden aus dem Amt und im Fall eines Defizits, Rechnung. Weist das Konto ein Defizit auf, so verurteilt der „Cour des comptes“ den Kassenbeamten, den Betrag zurückzuerstatten, sofern der Kassenbeamte nicht höhere Gewalt geltend machen kann (zum Beispiel wenn das Defizit auf einen Einbruch zurückzuführen ist, obwohl alle erforderlichen Vorsichtsmaßnahmen getroffen worden waren).

Der Anordnungsbefugte ist der Beamte, der von seinem Minister beauftragt wurde, Verpflichtungen für den Staat einzugehen. Er unterliegt der Gerichtsbarkeit des „Cour des comptes“, wenn er Mittelbindungen unter Übertretung irgendeines Gesetzes (zum Beispiel eines Haushaltsgesetzes) vornimmt.

2. Die wichtigste Verwaltungsaufgabe des „Cour des comptes“ besteht darin, dafür zu sorgen, daß kein Ausgabenansatz des Haushaltsplans überschritten wird und keine Übertragung von Haushaltsmitteln (Verwendung eines Ansatzes für einen anderen Zweck als den, wofür dieser Ansatz durch den Haushaltsplan genehmigt worden war) vorgenommen wird. Diese Kontrolle erfolgt mittels der vorgängigen Visakontrolle, eines Systems, das den Kassenbeamten daran hindert, eine Ausgabe zu tätigen, wenn nicht ein Visum des „Cour des comptes“ vorliegt. Aus offensichtlichen Gründen der praktischen Durchführung sind einige Ausgaben von der Verpflichtung des vorgängigen Visums ausgenommen. Das ist der Fall bei den Gehältern und monatlichen Pensionszahlungen.

Wenn der „Cour des comptes“ sein Visum verweigert und der Minister nicht nachgibt, wird die Angelegenheit dem Ministerrat vorgelegt, der die Möglichkeit hat, einen begründeten Beschluß zu fassen, wodurch dem „Cour des comptes“ die Anordnung erteilt wird, für die strittige Ausgabe ein Visum unter Vorbehalt zu erteilen, wovon das Parlament in Kenntnis gesetzt wird, sodaß es die politische Verantwortung der Regierung geltend machen kann.

Die Überprüfung der Ausgaben durch den „Cour des comptes“ erstreckt sich auch auf die Ordnungs- und Rechtmäßigkeit der Ausgaben, d.h. darauf, ob alle sonstigen Gesetze neben den Haushaltsgesetzen und den

Verträgen (zum Beispiel Auftragsvergabe) eingehalten wurden.

Der „Cour des comptes“ überprüft auch die Einnahmen, indem er einerseits die Rechnungen der Kassenbeamten und andererseits die Haushaltsrechnung des Staates, der Provinzen, der gemeinnützigen Einrichtungen, der vor ungefähr zehn Jahren gegründeten Einrichtungen, der Gemeinschaften und der Regionen schriftlich beurteilt.

3. Der „Cour des comptes“ erfüllt einen wichtigen Informationsauftrag gegenüber dem Parlament (und damit gegenüber der Öffentlichkeit) und den gesetzgebenden Organen der Gemeinschaften und der Regionen. Er weist auf alle Verstöße gegen die Vorschriften der Haushaltsgesetze hin. Er überprüft die Haushaltsentwürfe, um die Kammern insbesondere auf Bestimmungen, die den Grundsätzen des öffentlichen Rechnungswesens nicht entsprechen, sowie auf zu niedrige Veranschlagungen aufmerksam zu machen. Schließlich erstellt er jedes Jahr eine Liste von Prüfungsbemerkungen, in der er Rechenschaft darüber ablegt, wie er sich seiner verschiedenen Aufgaben entledigt hat: Kontrolle über die Kassenbeamten, Meinungsverschiedenheiten mit den Ministerien betreffend Ausgabenüberschreitungen und die Übertragung von Haushaltsmitteln oder die Gesetzmäßigkeit der Ausgaben, Bemerkungen zur Haushaltsrechnung des Staates, der Gemeinschaften und der Regionen.

Schlußfolgerungen

Nach der derzeitigen Gesetzeslage hat der „Cour des comptes“ die Recht- und Ordnungsmäßigkeit aller Finanztransaktionen des Staates, der Gemeinschaften, der Regionen, der Provinzen und der gemeinnützigen Einrichtungen zu überprüfen. Der „Cour des comptes“ kann jedoch kein Urteil über die Zweckmäßigkeit oder die moralische Berechtigung einer Ausgabe fällen. Dieser besondere Aspekt obliegt den Ministern, denen die Aufgabe übertragen ist, den Haushaltsplan aufzustellen und auszuführen und die für ihre Haushalts- und Wirtschaftsführung laut Verfassung ausschließlich dem Parlament verantwortlich sind.

Seit fünfzehn Jahren zeichnet sich in diesem Bereich jedoch eine durch die bedeutende Entwicklung der Rolle des Staates bedingte Umwälzung ab. In allen Bereichen (sozialer, wirtschaftlicher oder kultureller Bereich) kam es in der Tat zu einer Ausweitung der staatlichen Einflußnahme, womit weitgehende Anforderungen an die Kontrolle einhergingen.

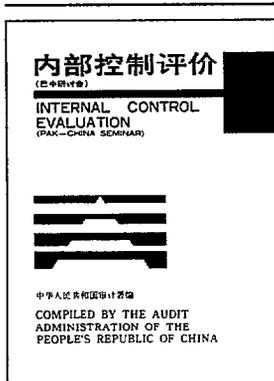
Im Rahmen der Durchführung der Rechtmäßigkeitsprüfung bemühte sich der „Cour des comptes“ daher, nach Maßgabe seiner derzeitigen Befugnisse die Qualität der Verwaltungstätigkeit zu beurteilen und gleichzeitig in einigen Verwaltungsbehörden oder Dienststellen eine gewisse Managementprüfung vorzunehmen. Zu diesem Zweck wies er beispielsweise auf Verstöße, die sich aus Managementfehlern der zuständigen Stellen ergaben, sowie auf Unzulänglichkeiten in den Vorschriften oder Verwaltungsverfahren hin. Die Bemerkungen, die der „Cour des comptes“ hierüber verfaßt,

sollen eine Verbesserung von gewissen, nicht angemessenen Strukturen oder sogar die Abänderung eines Gesetzes oder einer Verordnung bewirken.

Es sollte betont werden, daß der „Cour des comptes“ keineswegs die Absicht hat, die politische Zweckmäßigkeit der Entscheidungen der Regierung oder eines Ministers einer kritischen Überprüfung zu unterziehen, sondern lediglich eine

Analyse der Ausgaben unter dem Gesichtspunkt der allgemeinen Grundsätze einer einwandfreien Haushalts- und Wirtschaftsführung vornehmen will. Die Erhebungen werden vom „Cour des comptes“ mit dem Ziel durchgeführt, das Parlament besser zu informieren. Dabei ist er bestrebt, dem Parlament bei der Erfüllung seiner Aufgabe, nämlich die Finanzpolitik der Regierung zu kontrollieren, eine bessere Unterstützung zu bieten. ■

Neuerscheinungen



Internal Control Evaluation

of the Pak-China Seminar, der von der ORKB der Volksrepublik China zusammengefaßt wurde herausgegeben. Das Werk, das in englischer und chinesischer Sprache aufliegt, enthält Auszüge der Grundsatzunterlagen sowie Gesamttexte einschließlich zahlreicher Tabellen und Graphiken. Jedem Dokument folgt ein Bericht über die Erörterungen und Beschlüsse und Empfehlungen, die von den Seminarteilnehmern ausgearbeitet wurden. Der in gebundener Form erschienene Band stellt eine umfassende Definition der Systeme der Innenrevision dar – der Konzepte, Ziele und Anwendungsbereiche – sowie verschiedener Prüfungstechniken, Modelle und Methoden, die bei der Bewertung der Innenrevision angewendet werden können. Dieses Buch ist gegen ein Entgelt von US-\$ 3,50 oder Chinese RMBI \$ 20 bei der China Audit Press, No. (A) 4 Baosjo Qiao Road, Hai Dian District, Beijing, China erhältlich.

Die Aprilausgabe 1991 der *Internationalen Zeitschrift für staatliche Finanzkontrolle* berichtete auch über das „INTOSAI-Circular Nr. 50“ mit Hinweis auf die UN-INTOSAI Expertengruppentagung über Entwicklungshilfe und EDV-Prüfungen, die im September 1990 stattfand. Im Mai veröffentlichte die Entwicklungshilfe-Verwaltungsabteilung der UN-Abteilung für technische Zusammenarbeit im Dienste der Entwicklung einen Bericht über *Accounting and Auditing of Foreign Aid Programs and EDP Audit* (die Abrechnung und Prüfung von Entwicklungshilfeprogrammen und EDV-Prüfung). Basierend auf den Informationsbeiträgen dieser Tagung erläutert der Text die Kernpunkte und Probleme des Programms zur Abrechnung und Prüfung von Entwicklungshilfeprogrammen und EDV-Prüfung und führt im Anschluß die Ergebnisse und Empfehlungen, die die Expertengruppe ausgearbeitet hat, an. Der zweite Abschnitt beschäftigt sich hauptsächlich mit der elektronischen Datenverarbeitung und faßt die wichtigsten Punkte der behandelten Themen sowie die

Ergebnisse und Empfehlungen der Expertengruppe zusammen. Das Werk ist in englischer Sprache kostenlos bei dem Development Administration Department, Department of Technical Cooperation, United Nations, New York, New York, 10017 USA erhältlich.

Der Verband der staatlichen Rechnungsführer (Association of Government Accountants, AGA) ist ein Berufsverband in den Vereinigten Staaten, bestehend aus Einzelpersonen in verschiedenen Positionen in der staatlichen Haushalts- und Wirtschaftsführung. Seit seiner Gründung im Jahr 1950 hat dieser Verband seinen Mitgliedern auf vielfältige Weise, hauptsächlich durch Unterstützung im Bereich der Forschungs- und Veröffentlichungstätigkeit, gedient. Mehrere kürzlich erschienene Publikationen von AGA könnten für die Leser dieser *Zeitschrift* von besonderem Interesse sein.

Die Winterausgabe 1990 des *Journal of Government Accountants* ist eine Chronik über vierzig Jahre Fortschritt in der staatlichen Haushalts- und Wirtschaftsführung von 1950 bis 1990. In der Präsentation der vierzigjährigen Geschichte von AGA vollzieht diese Ausgabe die Entwicklung bei der Verbesserung der Haushalts- und Wirtschaftsführung in den Vereinigten Staaten und den Fortschritt bei der Förderung der Fachkompetenz im öffentlichen Sektor nach. In den einzelnen Kapiteln, die von Fachleuten auf verschiedenen Teilgebieten der Haushalts- und Wirtschaftsführung zur Verfügung gestellt wurden, werden folgende Aspekte behandelt: der Fortschritt im Bereich des Bundes, der Länder sowie auf lokaler Ebene; die Verbesserung der Steuerungsinstrumente und der Normen; die Modernisierung der Systeme und der Praktiken; die Rolle von AGA sowie Informationen über zukünftige Entwicklungstendenzen innerhalb des Berufsstandes. Exemplare in Englisch sind bei Versand innerhalb der Vereinigten Staaten um 13,75 US\$ und für alle anderen Länder um 15 US\$ erhältlich.

In seinem schriftlichen Beitrag für AGA untersucht Donald E. Kirkendall die *Beziehung Prüfer - Klient im Bereich der öffentlichen Verwaltung*. Im Zuge der Durchführung seiner Forschungstätigkeit führte Donald E. Kirkendall Meinungserhebungen bei Prüfern und leitenden Verwaltungsbeamten im Bereich des Bundes, der Länder und auf lokaler Ebene durch. Da aus den Untersuchungsergebnissen hervorgeht, daß Prüfer generell ein negatives Image besitzen, welches „Mißtrauen, Argwohn und vielleicht auch Angst begünstigt“, gibt er in der Folge Empfehlungen zur Verbesserung des

Images und der Beziehungen zwischen den beiden Gruppen. Detaillierte Vorschläge beziehen sich auf Techniken zur Schaffung einer kooperativen Einstellung, Möglichkeiten bei Beanstandungen und Empfehlungen hinsichtlich der Erweiterung der Schulung von Prüfern. Exemplare dieses Textes sind in Englisch um 10 US\$ bei AGA erhältlich.

Research in Governmental Financial Management: An Annotated Bibliography: Diese kommentierte Bibliographie stellt eine einzigartige Quelle für die Forschungstätigkeit auf dem Gebiet der öffentlichen Haushalts- und Wirtschaftsführung bis 1987 dar. Sie ergänzt und erweitert aufgrund der Nachfrage eine von AGA 1971 zu demselben Thema herausgegebene Bibliographie. Diese Zusammenfassung ist ein gut angelegtes, umfassendes Dokument sowie ein nützliches Hilfsmittel, das sowohl Finanzverwaltern des öffentlichen und privaten Bereiches, als auch Studenten und akademischen Lehrern helfen soll. Exemplare sind in Englisch um 35 US\$ erhältlich. Jede dieser Publikationen kann bei AGA schriftlich bestellt werden: **AGA (Publications), 2200 Mt. Vernon Avenue, Alexandria, Virginia, 22301, USA.** Fügen Sie bitte auch 2 US\$ für den Postversand und die Bearbeitung bei.

Die Oberste Rechnungskontrollbehörde der Vereinigten Staaten (General Accounting Office, GAO) hat zwei Leitfaden herausgegeben, die auch für andere Oberste Rechnungskontrollbehörden von Interesse sein könnten. Obwohl beide Leitfaden, nämlich über die Vergabe von Prüfungsaufträgen an Wirtschaftsprüfer durch Bundesdienststellen (*Guide to Federal Agencies' Procurement of Audit Services from Independent Public Accountants*; GAO/AFMD-12.19.3) sowie über die Erstellung, Dokumentierung und Referenzangabe bei Datenbankanwendungen für Mikrocomputer (*Preparing, Documenting and Referencing Microcomputer Data Base*

Applications, GAO/IMTEC-11.1.1) zu dem Zweck geschaffen wurden, Verfahren und Anforderungen der US-Regierung und des GAO klarzustellen, können die beschriebenen Grundkonzepte und die Vorgangsweisen auch eine weitgehendere Anwendung finden. So bezieht sich beispielsweise der Leitfaden über die Auftragsvergabe an Wirtschaftsprüfer nicht nur auf die entsprechende Gesetzeslage, sondern auch auf die bisherigen Erfahrungen des GAO bei der Vergabe derartiger Aufträge. Er beschreibt im Detail die Vorgangsweise bei der Erstellung des Anforderungsprofils, die Bewertung der Vorschläge des Vertragsnehmers sowie die Überwachung und Bewertung der Arbeit des Vertragsnehmers. In der zweiten Publikation, die für Mitarbeiter mit Grundkenntnissen auf dem Gebiete der Datenbankanwendungen verfaßt wurde, werden folgende Fragen behandelt: Überlegungen zur Wahl und Planung einer Datenbankanwendung; Techniken zur Erreichung gültiger Daten; die Steuerung der Datenverarbeitung und die Anforderungen an die Arbeitspapiere; Methoden zur Sammlung, Analyse und Dokumentation von Daten unter Einsatz von Software-Programmiermethoden der Datenbank sowie die Anforderungen einer fachspezifischen Überprüfung und Referenzangabe. Bis zu fünf Exemplare jeder Publikation können kostenlos bezogen werden bei: **United States General Accounting Office, Office of International Audit Organization Liaison-Room 7806, 441 G Street, N.W., Washington, D.C., 20548, USA.**

Der vom Institut für Innenrevisoren herausgegebene neue Katalog für Lehrbehelfe 1991 (*1991 Educational Products Catalog*) ist erhältlich bei: **IIA, Publications Sales, P.O. Box 140099, Orlando, Florida, 32889-0003, USA.** Der Katalog beschreibt die vom IIA angebotene breite Palette von Videos, Selbstlernkursen, video-unterstützten Lehrgängen, Büchern und Informationen. ■

Tagung des Präsidiums der OLACEFS in Mexico City

Das Präsidium der Organisation der Obersten Rechnungskontrollbehörden Lateinamerikas und der Karibik (OLACEFS) hielt von 28. Februar bis 1. März 1991 seine erste Tagung an seinem neuen Sitz in México City ab. Gastgeber der Tagung, an der auch Dr. José Luis Devoto, Präsident des Tribunal de Cuentas von Argentinien, Dr. Héctor Rodríguez Dalgo, Contralor General von Ecuador, Dr. Luz Aurea Sáenz Arana, Contralora General von Peru und Dr. Manuel Francisco Becerra Barney, Contralor General von Kolumbien, teilnahmen, war der Präsident der OLACEFS, Javier Castillo Ayala, Auditor General von Mexiko. Mit dieser Tagung wurde die „Casa Moreles“, der neue Sitz der OLACEFS, eingeweiht. Das vierstöckige, historische Gebäude befindet sich im Herzen des Geschäftsviertels von México City; es werden darin die Büros der OLACEFS für zentrale Verwaltung, Ausbildung und Forschung untergebracht werden.

Einer der ersten Tagesordnungspunkte war die Wahl des neuen Generalsekretärs, Alfredo Hoyos Gómez, eines ehemaligen leitenden Beamten der ORKB Mexikos. Weiters standen Diskussionen über Ausbildungsprogramme, die 1991 in Zusammenarbeit mit der INTOSAI-Entwicklungsinitiative

(IDI) in Ecuador und Kolumbien stattfinden sollen, sowie die Vereinbarung weiterer Einzelheiten betreffend einen Ausbildungszuschuß der Interamerikanischen Entwicklungsbank auf der Tagesordnung. Außerdem wurde dem Präsidium ein Bericht über die Ausbildungsprogramme der OLACEFS im Jahr 1990 vorgelegt.



Der neue Sitz der OLACEFS: Der Haupteingang der Casa Moreles im Zentrum von Mexico City.



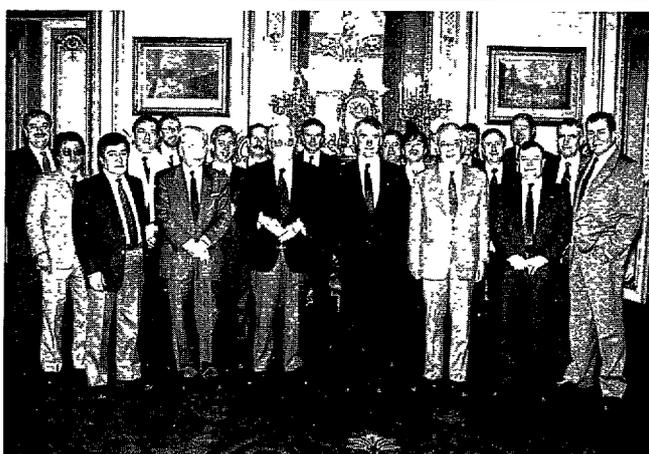
Mitglieder des Präsidiums der OLACEFS hören Dr. Luis Devoto, Argentinien (links) zu, der während der Präsidialtagung am 28. Februar 1991 das Wort ergreift. Rechts neben Dr. Devoto sind abgebildet: Herr Rodríguez, Ecuador; Herr Castillo, Mexiko; Herr Hoyos, Mexiko; Dr. Saenz, Peru; Herr Becerra, Leiter für Ausbildungsprogramme, Kolumbien; und Herr West, Mexiko.

Das Sekretariat der OLACEFS berichtete über eine Reihe von Maßnahmen zur Stärkung der OLACEFS, wie die Zuteilung der für das Wirken der Organisation erforderlichen Ressourcen und das derzeit laufende Verfahren zur Erlangung der rechtlichen Anerkennung der OLACEFS in Mexiko. Eine entscheidende Aktivität wird ein Projekt zur Erfassung und Weitergabe vollständiger und systematischer Informationen über jede Mitgliedsbehörde sein. Weiters vorgesehen ist eine Erhebung, die die verschiedenen Fachbereiche, für die Sachkenntnisse in den Mitgliedsbehörden vorhanden sind, im Hinblick auf die Förderung eines Informations- und Erfahrungsaustausches, ermitteln wird. Es wurde auch ein Handbuch mit einem mittelfristigen Arbeitsplan über die Aktivitäten der OLACEFS im kommenden Jahr vorgelegt und besprochen.

Das Hauptziel, das während der Tagung des Präsidiums vereinbart wurde, liegt bei der Verbesserung der Ausbildungsprogramme in der Region und umfaßt die Erlangung finanzieller und fachlicher Unterstützung von internationalen Organisationen, die Bildung eines Stabes hochqualifizierter Ausbilder für die Region, die Überprüfung von Möglichkeiten zur Gründung regionaler Ausbildungszentren und die Erstellung und Verteilung eines Katalogs, in dem Ausbildungsunterlagen, Lehrgänge und andere Methoden angeführt sind, die von den Mitgliedsländern erhältlich sind.

Das Präsidium beschloß, seine nächste Tagung in Kolumbien abzuhalten; für Oktober 1991 wurde in Ecuador die nächste Generalversammlung anberaumt.

Der Richtlinienausschuß für die externe Finanzkontrolle schließt seine Arbeit ab



Die Mitglieder des INTOSAI-Richtlinienausschusses für die externe Finanzkontrolle nützen eine Pause während ihrer Tagung vom 25. - 26. März in Brüssel für ein Gruppenphoto. Die Tagung, als deren Gastgeber der belgische Rechnungshof (Cour des Comptes) fungierte, fand statt, um eine Überarbeitung und Erweiterungen der vom XIII INCOSAI im Juni 1989 in Berlin angenommenen Richtlinien zu erörtern. Unter dem Vorsitz von John Taylor von Australien und mit der besonderen Unterstützung des Gastgebers Richard Leclercq von Belgien gelang es dem Ausschuß, seinem in Berlin erhaltenen Auftrag nachzukommen, und die Richtlinien zu erweitern, um jenen ORKB, die als Gerichtshöfe organisiert sind, besser Rechnung zu tragen. Die erweiterten Richtlinien werden derzeit übersetzt und in Kürze an alle INTOSAI-Mitglieder versandt.

XIV INCOSAI USA 92

Die drei Grundlagenpapiere zum Thema I des XIV INCOSAI werden in Kürze an alle Mitglieder der INTOSAI mit einer Einladung, Länderpapiere zu verfassen, versandt werden. Die Themen jedes Grundlagenpapiers und die Länder, die sie verfaßten, sind:

- IA. Erfahrungen in der Ausweitung des Ausmaßes der Finanzkontrolle (Neuseeland)
- IB. Programmbewertung (Erfolgskontrolle) - eine neu entstehende Methode (Frankreich)
- IC. Überprüfung von öffentlichen Unternehmen - neue Methoden und Verfahren (Indien)

Die Mitglieder der INTOSAI werden auch von den ständigen Ausschüssen der INTOSAI Dokumente erhalten, die sich auf das Thema II - „Verbesserungen der staatlichen Finanzkontrolle durch die ständigen Ausschüsse der INTOSAI“ beziehen. Die ORKB werden ersucht, Anregungen für Diskussionsgegenstände während der Sitzungen des Kongresses zum Thema II zu geben. Die Mitwirkung der ORKB bei den Themen I und II wird dazu beitragen, einen erfolgreichen Ablauf des Kongresses 1992 sicherzustellen.

Für weitere Informationen wenden Sie sich bitte an das XIV INCOSAI Sekretariat, Room 7806, US General Accounting Office, Washington, D.C. 20548, USA (Telefon 202-275-4707 und Telefax 202-275-40219).